

Widerstand und Opposition in zwei deutschen Diktaturen 1933–1989

Sophie von Bechtolsheim/Ehrhart Neubert/Axel Smend



Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019, Berlin

Bild Titelseite: Die Mitglieder der Weißen Rose Hans Scholl, Sophie Scholl und Christoph Probst. © George (Jürgen) Wittgenstein/akg-images

Bild Rückseite: Montagsdemonstration am 16. Oktober 1989 in Leipzig.

© ullstein bild – Christian Günther

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. unzulässig. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

ISBN 978-3-95721-563-5

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Grußwort	4
Einführung	6
Widerstand und Opposition gegen die Diktatur des Nationalsozialismus	9
Widerstand und Opposition gegen die SED-Diktatur in der DDR	21
Widerstand: Wogegen? Wofür? Was bleibt für heute und für die Zukunft?	31
Wogegen? Ideologie, Staatsdoktrin und Staatsfeindschaft	31
Wofür? Menschenwürde, Recht und Freiheit	32
Was bleibt? Verantwortung, Schuldfähigkeit, Freiheit und Gewissen	33
Was kann ich tun?	35
Literaturhinweise	37
Bildnachweise	38
Die Autorin und die Autoren	39
Ansprechpersonen zum Thema bei der Konrad-Adenauer-Stiftung	41
Übersicht der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“	42

Vorwort

„Ein Volk kann seine Gegenwart und seine Zukunft nur gestalten, wenn es seine Vergangenheit versteht und daraus seine Lehren zieht“, so stellt Konrad Adenauer 1965 in einer Rundfunkaufnahme fest. Diesem Grundsatz sieht sich die Konrad-Adenauer-Stiftung verpflichtet. Ziel ihrer historischen und politischen Bildungsarbeit ist es, bürgerschaftliches Engagement zu fördern und die Identifikation mit der freiheitlich-demokratischen Staatsform der Bundesrepublik Deutschland zu stärken. Wir treten nachdrücklich dafür ein, die Erinnerung an die Herrschaft der Nationalsozialisten ebenso wie an das Regime der Sozialistischen Einheitspartei (SED) sowie an den Widerstand in diesen beiden Diktaturen wachzuhalten. Nur wer diese Vergangenheit kennt, ist gewappnet, neuen populistischen und extremistischen Gefahren, die gegenwärtig vermehrt ihr Gesicht zeigen, entgegenzutreten. Mit zahlreichen Veranstaltungen, Ausstellungen sowie Print- und Online-Publikationen befasst sich die Stiftung mit dem Thema, um diesem Auftrag nachzukommen. Sie erinnert an die Widerstandskämpfer und schlägt Brücken zu aktuellen gesellschaftlichen Themen.

Diese Broschüre zeigt das breite Spektrum des Widerstands in den beiden Diktaturen auf. Die Widerständler hatten verschiedene Hintergründe und entschlossen sich aus den unterschiedlichsten Gründen, dem Regime entgegenzutreten. Ihnen allen war jedoch gemein, dass sie bereit waren, für ihre Überzeugungen große Nachteile für sich und ihr Umfeld in Kauf zu nehmen. Viele bezahlten ihre Taten schließlich sogar mit ihrem Leben. Heute leben wir glücklicherweise in einer Demokratie und einem Rechtsstaat. Aber auch und gerade in einem solchen freiheitlichen System, in dem anders als in der Diktatur nicht der Verlust der Freiheit oder gar des eigenen Lebens droht, ist es erforderlich, für seine Meinung einzutreten und in entsprechenden Situationen Zivilcourage zu zeigen. Jeder, der in einem demokratischen Staat aufgewachsen ist und nie eine Diktatur erlebt hat, sollte mit vorschnellen Verurteilungen der älteren Generationen – „Warum habt Ihr damals nichts gemacht?“ – sehr vorsichtig sein. Ebenso wie man den mutigen Einsatz für andere Menschen in der Demokratie nicht gering schätzen darf: Aufzustehen erfordert immer Mut und jeder kann sich selbst die Frage stellen, wie er sich bei Pöbeleien und Schlägereien auf U-Bahnstationen oder auf Schulhöfen verhalten würde. Schweigt man und schaut man weg – oder hat man den Mut zu helfen oder sogar einzuschreiten?

Wichtig ist das Eintreten für Zivilcourage und das Erinnern aber auch grundsätzlich im Sinne eines „Wehret den Anfängen!“. Freiheit und Menschenrechte gilt es zu würgen und zu verteidigen – nicht erst wenn sie in Frage gestellt werden. Wir müssen uns engagieren in Zeiten, in denen Mut und Zivilcourage nicht unter Strafe stehen, für die Schwachen und für den Fortbestand unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung! Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern erfordern das Engagement aller Demokraten. Dazu will die Konrad-Adenauer-Stiftung mit dieser Broschüre ermutigen!

Wir danken Herrn Dr. Axel Smend für seine Initiative, die vorliegende Schrift zu konzipieren. Wir teilen seine Wahrnehmung, dass die Kenntnisse über Widerstand und Opposition zur Zeit des Nationalsozialismus und in der Zeit der SED-Herrschaft in der Deutschen Demokratischen Republik deutlich zu gering ausgeprägt sind, die ihn dazu motiviert hat, die Beiträge thematisch zu gestalten sowie Frau Sophie von Bechtolsheim und Herrn Dr. Ehrhart Neubert als Co-Autoren zu gewinnen.

Dr. Melanie Piepenschneider

*Leiterin Politische Bildung der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

Dr. Michael Borchard

*Leiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv
für Christlich-Demokratische Politik der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

Grußwort

Erziehung zu Anpassung, Gehorsam, Unterwerfung – das ist ein Mechanismus einer jeden Diktatur. Sowohl in der NS-Herrschaft als auch in der DDR, so unterschiedlich die Systeme auch waren, sahen sich die Menschen einer Diktatur gegenüber, die jede Abweichung von der vorgegebenen Linie bestrafte. Es ist daher leicht nachzuvollziehen, wenn Menschen in Diktaturen häufig bereit sind, sich an ihre Ohnmacht zu gewöhnen, um nicht mit dem Regime in Konflikt zu geraten.

Doch selbst in der Demokratie neigen die Menschen dazu, sich für nicht zuständig zu erklären und Verantwortung nach oben zu delegieren. Im Gestus der Ohnmacht liegt auch in demokratischen Gesellschaften etwas Verführerisches. Neben einer abstrakten Sehnsucht nach Freiheit besteht selbst hier eine konkrete Furcht vor der Freiheit – insbesondere wenn diese Freiheit gestaltet werden muss, was oft mit Anstrengung verbunden ist.

In beiden Diktaturen in Deutschland gab es Männer und Frauen, die hohe persönliche Risiken in Kauf nahmen, indem sie Widerstand gegen das jeweilige Regime leisteten. Keiner von ihnen war zum Widerstand geboren. Bei vielen wird es mit leisen Zweifeln und der Bereitschaft begonnen haben, genau hinzusehen und zu hinterfragen. Ab einem gewissen Punkt erwuchs daraus der Mut zum Handeln und damit zum Widerstand.

Wie kann uns das Beispiel dieser mutigen Frauen und Männer heute helfen, uns von unserer Neigung zur Ohnmacht freizumachen und selbst Verantwortung zu übernehmen? Uns ist nicht geholfen, wenn wir angesichts der mutigen Taten in ehrfürchtiger Bewunderung erstarren. Die Frage, ob wir selbst Märtyrer sein können, bringt uns heute in unserer demokratischen Gesellschaft nicht weiter. Wir müssen uns vielmehr fragen: Welchen Funken entzündet der Mut der Widerstandskämpfer in mir, welche Schwäche hilft er zu minimieren, um meine wunderbare Gabe der Verantwortungsfähigkeit zu nutzen und das mir Mögliche zu tun?

Als Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben wir das Glück, in einer freien Gesellschaft zu leben und Verantwortung übernehmen zu können, sei es im Beruf oder durch politisches Engagement. Wir entscheiden in der Demokratie, wir sind die „Bestimmer“. Die Widerstandskämpfer sollten in uns das Gefühl wachrufen, dass wir immer eine Wahl haben, das weniger Schlechte, das etwas Bessere, das etwas Menschlichere, das etwas Mutigere zu tun und darauf zu verzichten, den einfachen Weg in eine bequeme Ohnmacht zu gehen.

Diese Broschüre zeigt eine Vielfalt von Formen des Widerstands und der Opposition in den beiden deutschen Diktaturen auf. Sie wirft den Blick auf die großen Helden, beschreibt aber auch den Widerstand der vielen Unbekannten, die aus ihrer inneren Haltung heraus das ihnen Mögliche und Richtige getan haben. Indem abschließend der Frage nachgegangen wird, was uns der Widerstand heute bedeutet, bietet die Broschüre wichtige Anknüpfungspunkte dafür, uns selbst nach unseren besten Möglichkeiten in die Gesellschaft einzubringen. Deshalb wünsche ich ihr viele interessierte Leserinnen und Leser.

Joachim Gauck

Bundespräsident a. D.

Einführung

Sophie von Bechtolsheim/Ehrhart Neubert/Axel Smend

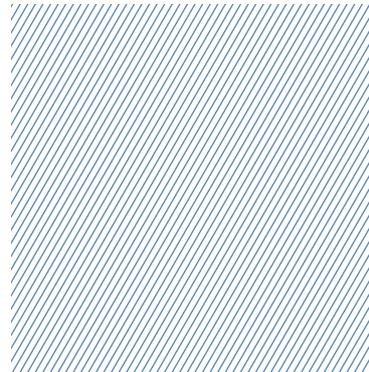
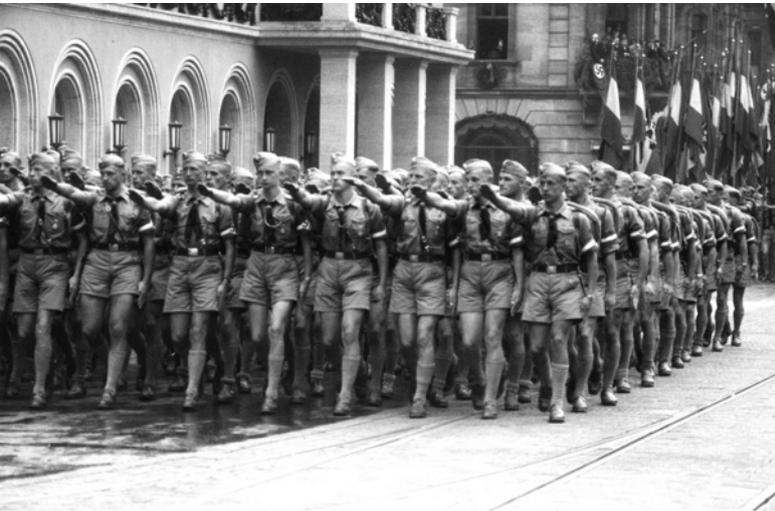
Zwei Diktaturen haben in Deutschland tiefe Spuren hinterlassen: die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unter Führung Adolf Hitlers von 1933 bis 1945 und das Regime der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der aus ihr 1949 hervorgegangenen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1945 bis 1989.

Gegen beide Tyrannen lehnten sich Menschen auf und riskierten ihre Freiheit, ihr Leben und das ihrer Familien. Ihr Widerstand gehört zum ermutigenden Teil der deutschen Geschichte. Dennoch sind die Kenntnisse über ihn sehr gering. Daher wollen die Verfasser diesen Teil der Geschichte sichtbar machen. Sie möchten die Leser zudem anregen, sich mit den existenziellen Fragen auseinanderzusetzen, die die Gegner beider Diktaturen zu ihrer Zeit umtrieben. Was bedeuten uns heute Meinung, Haltung und Taten der Menschen, die sich in beiden Diktaturen der Gewaltherrschaft widersetzt haben?

Typische Merkmale einer liberalen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland sind freie Wahlen, die Verankerung einer politischen Opposition und der Rechtsstaat. Zu den wesentlichen durch eine freiheitlich-demokratische Verfassung garantierten Grundrechten gehören der uneingeschränkte Schutz der Menschenwürde, das Recht auf Meinungs-, Presse-, Versammlungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit.

In einer Diktatur geht die Staatsgewalt nicht vom Volk aus, sondern liegt in den Händen einer einzelnen Person, einer kleinen Gruppe, wie z. B. einer Partei. Die Entstehungsgeschichten der beiden Diktaturen auf deutschem Boden unterscheiden sich: Adolf Hitler wurde im Januar 1933 zum Reichskanzler einer Koalition aus seiner Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) ernannt. Direkt nach seiner Ernennung begann die neue Regierung damit, ein totalitäres System zu errichten. Die SED ging nach dem Zweiten Weltkrieg in der SBZ auf Druck der Sowjetunion aus der Zwangsvereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) hervor. Mit Gründung der DDR konnte die SED ihre Diktatur in Abhängigkeit von der Sowjetunion festigen und weiter ausbauen.

Die Menschen in diesen beiden Staaten hatten kein Recht auf Mitbestimmung. Es gab keine freien Wahlen und keine legale Opposition. Es gab keine Presse- und Meinungsfreiheit. Beide Diktaturen waren geprägt von einem unbedingten Willen zur Kontrolle aller Lebensbereiche. Sie waren als Polizei- und Spitzelstaaten mit nahezu unbegrenzten Befugnissen der jeweiligen Staatsorgane ausgestattet.



*Marsch der Hitlerjugend 1936
in Nürnberg und der Freien
Deutschen Jugend 1952 in Leipzig.*



Sowohl die NSDAP als auch die SED hatten das Ziel, mit ihrer jeweiligen Ideologie alle Lebensbereiche von Kindheit an zu durchdringen. Zur Durchsetzung des ideologischen Führungsanspruchs dieser Parteien wurden in beiden Diktaturen Oppositionelle und Systemkritiker verfolgt, inhaftiert, auch ermordet. In der DDR gab es jedoch nichts der Judenverfolgung im „Dritten Reich“ Vergleichbares. Das NS-Regime verfolgte und tötete nicht nur weltanschauliche Gegner wie Kommunisten, politische Schriftsteller und Zeugen Jehovas. Auch Minderheiten wie Homosexuelle, Menschen mit Behinderung, Sinti und Roma und andere mehr wurden als „minderwertig“ betrachtet und sollten ausgelöscht werden. Ohne Beispiel war aber insbesondere der unbedingte Wille, das europäische Judentum zu vernichten, was zur systematischen, staatlich gelenkten Ermordung von etwa sechs Millionen Juden während des von Hitler entfesselten Zweiten Weltkriegs führte.

Die Herrschaftsmethoden der beiden Diktaturen ähnelten sich in vielen Punkten. In der DDR gab es aber weder den rassistisch motivierten Vernichtungswillen des nationalsozialistischen Regimes, noch lebte die Bevölkerung in Kriegszeiten wie in denen des

Zweiten Weltkriegs. Die beiden Diktaturen können daher keinesfalls gleichgesetzt werden. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen wirkten sich selbstverständlich auch auf Motive und Formen des Widerstands gegen die beiden Diktaturen aus. Ohne auf die unter Historikern viel diskutierte und für die Geschichtswissenschaft hilfreiche Definition des Widerstands- und Oppositionsbegriffes detailliert eingehen zu können, werden hier als Widerstand Handlungen oder Unterlassungen betrachtet, die gegen das jeweilige Regime gerichtet und mit persönlichen Nachteilen bzw. Gefahren verbunden waren.

Im Folgenden sollen daher die unterschiedlichen Personen und Gruppen in den beiden Diktaturen in den Blick genommen werden, die bereit waren, diese Gefahren und Nachteile in Kauf zu nehmen. Wir haben es dabei selten mit unantastbaren Helden zu tun, sondern Widerstand wurde von Menschen mit Fehlern und Schwächen geleistet, die Kinder ihrer Zeit waren. Gerade weil der Weg in den Widerstand in der Regel nicht vorgezeichnet, sondern das Ergebnis eines inneren Ringens um die richtige Haltung war, kann uns das Verhalten dieser Menschen Beispiel für unsere eigenen Handlungen sein.

Widerstand und Opposition gegen die Diktatur des Nationalsozialismus

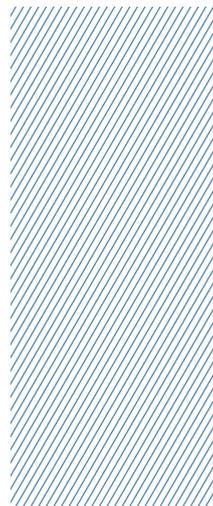
Axel Smend

Nach dem Ersten Weltkrieg im November 1918 hatte die neu eingeführte parlamentarische Demokratie mit Widerständen und Problemen zu kämpfen. Aufstände, Putschversuche und wirtschaftliche Krisen prägten die ersten Jahre der Weimarer Republik. Zudem stellten die Bestimmungen des von Deutschlands Kriegsgegnern ausgehandelten Versailler Vertrages eine finanzielle und psychologische Belastung dar. Viele Beamte waren noch antirepublikanisch geprägt, aber auch weiten Teilen der Bevölkerung fehlte der Wille, am politischen Geschehen in der Republik verantwortlich mitzuarbeiten.

Eine kurze Phase der Stabilisierung endete mit der Weltwirtschaftskrise von 1929. Angesichts der Krise erwiesen sich die regierenden Parteien als unfähig, stabile Koalitionen zu bilden und ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden. So war der Nährboden bereitet für das Aufkommen radikaler politischer Parteien von rechts wie links. Die in der Bevölkerung vorhandenen Wünsche nach neuer nationaler Größe, die antisemitischen Überzeugungen und die Bereitschaft, sich einer autoritären Führung zu unterwerfen, wurden von der NSDAP geschickt aufgegriffen. Ihre demagogischen Formulierungen übten trotz sachlicher Unwahrheiten große Wirkung auf viele Bevölkerungskreise aus. Ihr politisches Programm war durchsetzt von Nationalismus und Antisemitismus. Als ihr Vorsitzender, Adolf Hitler, am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, nutzte er diese politische Macht umgehend, um die Diktatur zu errichten.



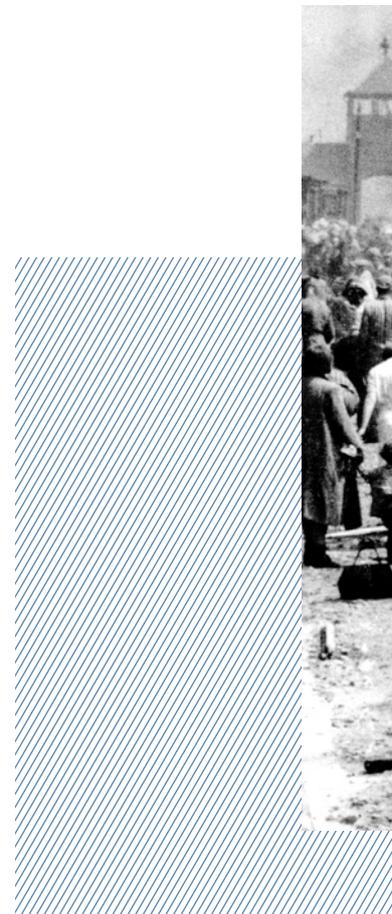
*Joseph Goebbels, Adolf Hitler und
Rudolf Heß (v. l. n. r.) bei einer
Wahlkundgebung in Berlin 1933.*



Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 entzog dem Parlament die Entscheidungskompetenz und war die Grundlage für die Gleichschaltung der Länder, Parteien, Gewerkschaften, Vereine, des öffentlichen Dienstes und der Medien. Nun setzten auch die Verfolgung von Systemkritikern sowie Repressalien und Aktionen gegen Juden ein. So wurden jüdische Geschäfte boykottiert und jüdischen Anwälten, Ärzten und Künstlern Berufsbeschränkungen auferlegt. Eine wesentliche Verschärfung brachten 1935 die sogenannten Nürnberger Gesetze, die sehr stark in die persönliche Sphäre der Juden eingriffen und sie nun auch offiziell aus dem öffentlichen Leben ausschlossen. Teil der Nürnberger Gesetze war unter anderem das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, das Ehe und Intimpartnerschaft zwischen „Personen deutschen oder artverwandten Blutes“ und Juden verbot. In der zentral gesteuerten Pogromnacht am 9. November 1938 erreichte die Verfolgung der Juden einen weiteren Höhepunkt: 30.000 Juden wurden vorübergehend verhaftet, mehr als hundert Menschen ermordet, Synagogen angezündet, Geschäfte geplündert und jüdische Friedhöfe zerstört. Nicht nur die Juden fielen dem Rassenwahn zum Opfer, sondern auch viele Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung sowie seelisch Kranke.



Die Nationalsozialisten riefen seit dem Frühjahr 1933 zum Boykott jüdischer Geschäfte auf.



Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 verschärfte sich der beispiellose Absturz in die Barbarei – die Nationalsozialisten begingen nicht nur zahlreiche Kriegsverbrechen, sondern dehnten die Judenverfolgung auch auf die von Deutschland besetzten Gebiete aus. Auf der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 wurden Einzelheiten der seit 1941 geplanten Vernichtung der europäischen Juden besprochen, wie Zuständigkeiten für die Deportations- und Vernichtungsaktionen, Maßnahmen zu deren Umsetzung wie auch die Festlegung des räumlichen und zeitlichen Ablaufes. Durch systematische, staatlich gelenkte Massenmorde in Arbeits- und Konzentrationslagern (KZ) wurden europaweit etwa sechs Millionen Juden umgebracht.



*Ankunft ungarischer Juden im Vernichtungslager
Auschwitz-Birkenau im Juni 1944.*

Nach der Machtübernahme zeigten sich die meisten Deutschen begeistert vom Nationalsozialismus; andere passten sich an, manche blieben passiv; wiederum andere – sehr wenige – stellten sich dem Regime entgegen und nutzten jene eng beschränkten Möglichkeiten, die unter den Bedingungen der Diktatur eigenes politisches Handeln überhaupt noch zuließen. Dabei erkannten auch viele Widerständler erst nach und nach den verbrecherischen, menschenverachtenden Charakter des Regimes, so dass der Weg zum Widerstand häufig ein längerer Prozess war.

Die Formen des Widerstands waren vielfältig: Manche Menschen verbreiteten Informationen ausländischer Rundfunksender, druckten Flugblätter und verteilten sie.

Andere halfen verfolgten Juden, Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeitern. Und einige versuchten, Hitler zu töten, um seine verbrecherische Herrschaft und den Krieg zu beenden. Manche folgten als Einzeltäter ihrem Gewissen, andere schlossen sich in Gruppen zusammen, die teilweise – trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten im totalitären System – mit anderen Kreisen vernetzt waren. Anhand einiger Beispiele, aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit, sei hier das breite Spektrum des deutschen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur aufgezeichnet:

Unbekannte

Für die vielen Unbekannten aus dem Widerstand soll der 17 Jahre alte Walter Klingenberg genannt werden, der ausländische Feindsender abhörte und das „Victory“-Zeichen als Symbol für den Sieg der Alliierten auf Hauswände und Straßenschilder malte und dafür mit dem Tode bestraft wurde; ebenso die Eheleute Elise und Otto Hampel, die Postkarten mit regimekritischem Inhalt in Berliner Haushalten auslegten und dafür enthauptet wurden; oder der Student Robert Limpert, der kurz vor Kriegsende die Bewohner von Ansbach aufforderte, die Stadt kampfflos den amerikanischen Kampftruppen zu übergeben, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Er wurde wenige Stunden vor der Befreiung der Stadt durch die Amerikaner auf Befehl des deutschen Stadtkommandanten gehängt.



Von Walter Klingenberg gemaltes Victory-Zeichen. München, 28. Januar 1942.

Auch an viele andere Unbekannte, die sich dem Regime widersetzten und dafür ermordet wurden, ist zu erinnern: die auf Flugblättern für Frieden eintraten; die sich weigerten, den Fahneid auf Hitler zu leisten; die Ausweise fälschten; die Zwangsarbeiter unterstützten; die Juden und anderen Verfolgten halfen oder sie versteckten.

Letztere bildeten einen wichtigen Teil des Widerstands, waren doch Jüdinnen und Juden in Deutschland und in den von Deutschen besetzten Gebieten schutzlos dem Verfolgungs- und Rassenwahn des Nationalsozialismus ausgesetzt. Diese Stillen Helden waren unter Gefährdung ihrer eigenen Person bereit, den von Deportation und Mord Bedrohten beizustehen. Sie besorgten Lebensmittelkarten und Essen, beschafften falsche Papiere, leisteten Fluchthilfe, stellten Quartiere zur Verfügung bzw. vermittelten diese oder versteckten die Verfolgten bei sich. Schätzungen gehen heute davon aus, dass allein im Deutschen Reich mehrere zehntausend Menschen verfolgten Juden geholfen haben.

Stille Helden



Georg Elser versuchte Adolf Hitler 1939 vergeblich durch ein Sprengstoffattentat zu töten.



An den Schreiner Georg Elser als Einzeltäter ist zu denken: Ein einfacher Handwerker, der mit 24 Jahren noch vor Kriegsbeginn beschloss, den Krieg zu verhindern. Er folgte seinem Gewissen, als er sich zur Tat entschloss. So ließ er sich in mehr als 30 Nächten im Münchener Bürgerbräukeller einschließen, wo Hitler jedes Jahr am 8. November sprach. Am 8./9. November 1923 hatte die NSDAP unter Adolf Hitler einen Putschversuch gegen die bayrische Landesregierung unternommen, um die parlamentarische Demokratie zu beseitigen. Elser höhlt einen Pfeiler aus, in den er einen von ihm selbst konstruierten Sprengkörper einbaute. Diesen brachte er am 8. November 1939 zur Explosion. Allerdings hatte Hitler unerwartet 13 Minuten zuvor den Saal verlassen. Er hätte die Explosion vermutlich nicht überlebt. Elser wurde nach dem Attentat auf der Flucht in die Schweiz gefasst, in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau inhaftiert und ohne Gerichtsverfahren am 9. April 1945 in Dachau erschossen.

Georg Elser

Die Nationalsozialisten entmachteten erfolgreich die sozialdemokratische und kommunistische Opposition und konnten in der Arbeiterschaft eine große Anhängerschaft gewinnen. Dennoch formierte sich auch in der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Widerstand. Die KPD-Mitglieder Franz Jacob, Anton Saefkow, Robert Uhrig und andere bauten in Berliner und Hamburger Industriebetrieben ein Netz von Widerstandsgruppen auf, hemmten Rüstungsanstrengungen durch Produktionssabotage, betrieben mit Flugblättern Aufklärungsarbeit in den Betrieben und knüpften Verbindungen zu anderen Widerstandsgruppen. Sie wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Julius Leber und Wilhelm Leuschner, einflussreiche SPD-Mitglieder, hielten Kontakt zur Widerstandsorganisation um Jacob und Saefkow; Leuschner war intensiv an den Vorbereitungen für den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 beteiligt. Nach erfolgreichem Attentat war er als Vizekanzler vorgesehen, Leber als Reichskanzler oder Innenminister. Beide wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Arbeiterbewegung

Die Nationalsozialisten schalteten zudem die christlich-demokratische Opposition aus und erhoben ihren weltanschaulichen Führungsanspruch auch gegenüber den christlichen Kirchen. Diese Entwicklung wurde besonders von den Deutschen Christen begrüßt, einer rassistischen, antisemitischen und am Führerprinzip orientierten Strömung im deutschen Protestantismus, die Anfang 1933 etwa eine Million Mitglieder hatte. Ihre Gegner schlossen sich 1933 zum Pfarrernotbund zusammen, darunter Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller. Dieser Bund bildete die Basis der Bekennenden Kirche, die 1934 ins Leben gerufen wurde, und zu der auch Karl Barth, Helmut Gollwitzer und viele andere gehörten. Insgesamt konnte sich die Bekennende Kirche schon bald auf fast ein Drittel, später noch etwa auf ein Fünftel der insgesamt etwa 19.000 evangelischen Geistlichen stützen. Die 1934 von ihr formulierte „Barmer

Kirchen

Theologische Erklärung“ widersprach in ihrer zentralen theologischen Äußerung der damaligen Politik der Gleichschaltung der Kirche durch den nationalsozialistischen Staat. Dabei sah sich die Bekennende Kirche selbst nicht als Teil des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.

Die katholische Kirche bezog noch im Reichswahlkampf 1933 deutlich Stellung gegen die NSDAP. Hitler stellte jedoch die Unterzeichnung eines Staatskirchenvertrags zwischen dem Vatikan und der deutschen Regierung in Aussicht, der die Rechte der katholischen Kirche in Deutschland garantieren sollte. Daher stimmten die Parteien des politischen Katholizismus für das Ermächtigungsgesetz vom März 1933. Zwar wurde der Staatskirchenvertrag am 20. Juli 1933 geschlossen, aber die Nationalsozialisten hielten sich nicht an das Abkommen. Religiöse Aktivitäten katholischer Organisationen, auch Religionsunterricht, wurden eingeschränkt und schließlich verboten. Das in allen katholischen Gemeinden verlesene Rundschreiben „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius XI. vom März 1937 kritisierte die Rechtsbrüche des nationalsozialistischen Regimes, woraufhin es zu Festnahmen von katholischen Geistlichen kam. Die Mehrzahl der katholischen Bischöfe war nun nicht mehr bereit, auf Konfrontationskurs zum Hitler-Regime zu gehen.



Dietrich Bonhoeffer mit Konfirmanden im Harz 1932. Bonhoeffer gehörte zu den wenigen Geistlichen, die von Anfang an öffentlich gegen den nationalsozialistischen Antisemitismus Stellung bezogen.



Der Berliner Dompfarrer Bernhard Lichtenberg trat öffentlich für die Verfolgten des Nationalsozialismus ein.

Von beiden Kirchen als Institutionen ging kein politischer Widerstand aus, der das nationalsozialistische Regime gefährdet hätte. Der Widerspruch der Amtskirchen beschränkte sich in der Regel lediglich auf religiös-kirchliche Belange. Aber einzelne Vertreter beider Kirchen entschieden sich für den Widerstand und riskierten immer bespitzelt, bedroht, vertrieben, inhaftiert oder ermordet zu werden, wie z. B. Dietrich Bonhoeffer, Alfred Delp, Erzbischof Michael von Faulhaber, Bischof Clemens Graf von Galen, Eugen Gerstenmaier, Bernhard Lichtenberg, Bischof Konrad Graf von Preysing und Harald Poelchau.

So nahm Bonhoeffer schon 1933 öffentlich Stellung gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung und erwog im April 1933 unter dem Eindruck der Judenverfolgung, nicht nur „die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen“. 1938 schloss er sich dem Widerstand um den Geheimdienstchef Admiral Wilhelm Canaris an und knüpfte Verbindungen zu ausländischen Regierungen. Als Theologe rechtfertigte er den Tyrannenmord. Im April 1943 wurde er festgenommen, blieb ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis und wurde am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg ermordet. Bernhard Lichtenberg, Dompfarrer der Berliner St. Hedwigs-Kathedrale, setzte sich entschieden für Häftlinge in den Konzentrationslagern ein, betete öffentlich auch für verfolgte Juden und widersprach offen der Ermordung psychisch Kranker. Nach seiner Festnahme 1941 und Verbüßung einer zweijährigen Haftstrafe wurde er in das KZ Dachau eingewiesen. Beim Transport dorthin starb der Schwerkranke.

Mitte der Dreißigerjahre fanden sich in Berlin Frauen und Männer unterschiedlicher sozialer Herkunft zu Freundes- und Diskussionsabenden zusammen. Sie kamen aus verschiedensten Berufen und vertraten unterschiedlichste politische und weltanschauliche Ansichten. Ihnen gehörten etwa 150 Personen an. Sie alle einte die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, einige sympathisierten mit dem Kommunismus. Sie halfen Verfolgten, verbreiteten Flugblätter, organisierten Zettelklebeaktionen, knüpften Verbindungen zu anderen Widerstandsgruppen, suchten Regimegegner in Betrieben und Institutionen, nahmen Kontakte zu ausländischen Zwangsarbeitern auf und übermittelten kriegswichtige Informationen an Vertreter des sowjetischen Nachrichtendienstes. Im Zentrum dieser Kreise agierten Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen, unterstützt von Hans und Hilde Coppi, Hans Lautenschläger, Heinrich Scheel und vielen anderen. Die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die diesen Freundeskreis fälschlicherweise als Teil der sowjetischen Spionageorganisation ansah und ihr daher den Namen Rote Kapelle gab, nahm Ende 1942 etwa 130 Frauen und Männer dieses Kreises fest, von denen 65 Personen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Fünf wurden ohne Verfahren ermordet, vier wurden in den Selbstmord getrieben.

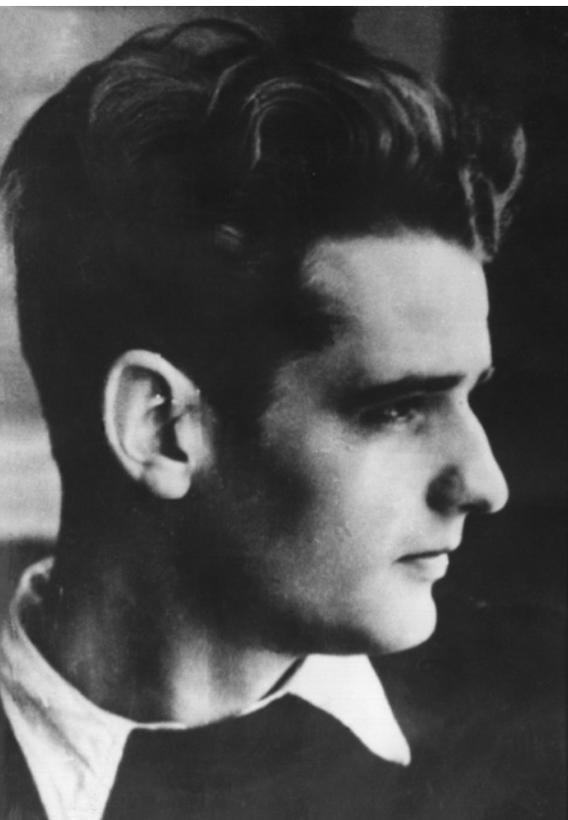
Unmittelbar nach der Machtübernahme verboten die Nationalsozialisten die meisten Jugendverbände. An ihre Stelle trat die Hitlerjugend (HJ), in der die Jugendlichen im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie erzogen und vormilitärisch ausgebildet wurden. Insbesondere unter den kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und jüdischen Jugendgruppen widersetzten sich einige und versuchten sich im Verborgenen neu zu formieren. Vielen dieser Gruppen wie die aus der Wandervogelbewegung hervorgegangene Bündische Jugend, die Edelweißpiraten im Rheinland und Ruhrgebiet, die Leipziger und Erfurter Meuten oder die Swing-Jugendlichen in Hamburg ging es zunächst hauptsächlich darum, ihren Lebensstil und ihre Unabhängigkeit gegenüber dem NS-Regime zu behaupten. Obwohl damit kein ausdrücklich politischer Widerstand geleistet wurde, verfolgte die Gestapo all diese Gruppen rigoros und inhaftierte viele Mitglieder in Fürsorgeanstalten, Gefängnissen und Konzentrationslagern.

Rote Kapelle

Jugendgruppen

Weiße Rose

Weiße Rose nannte sich eine von Studenten dominierte, sich vor allem auf christliche und humanistische Werte und auf die Tradition der Bündischen Jugend berufende Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus. Sie entstand 1942 in München auf Initiative eines Freundeskreises um die Medizinstudenten Hans Scholl und Alexander Schmorell. Weitere Mitglieder waren die Studenten Willi Graf, Christoph Probst, Sophie Scholl sowie der Universitätsprofessor Kurt Huber. Die Gruppe konzipierte, druckte und verteilte über verschiedene Verbreitungswege in der Region München und später auch in anderen deutschen Städten insgesamt sechs Flugblätter bei steigender Auflage. In diesen Flugblättern prangerten sie die Gewaltverbrechen des nationalsozialistischen Regimes an, riefen zum „passiven Widerstand“ gegen Hitlers Kriegsführung auf, forderten das sofortige Ende des Krieges und den Sturz des Hitler-Regimes. Nach dem Ende der Schlacht von Stalingrad im Winter 1942/43 schrieben Willi Graf, Alexander Schmorell und Hans Scholl Parolen wie „Nieder mit Hitler“ oder „Massenmörder Hitler“ an Münchener Hausfassaden. Am 18. Februar 1943 legten Hans und Sophie Scholl das von Kurt Huber verfasste sechste Flugblatt, das sich gegen das „furchtbare Blutbad“ der Nationalsozialisten in Europa richtete, in der Münchener Universität aus. Die Geschwister Scholl wurden dabei festgenommen. Vier Tage später, noch am Tage ihrer Verurteilung durch den Volksgerichtshof unter seinem Präsidenten Roland Freisler, wurden sie zusammen mit Christoph Probst enthauptet. Willi Graf, Kurt Huber und Alexander Schmorell folgten ihnen nach einem zweiten Prozess im Juli 1943 in den Tod.



*Die Mitglieder der Weißen Rose
Hans und Sophie Scholl.*



Helmuth James von Moltke vor dem Volksgerichtshof am 11. Januar 1945.

Seit 1940 fand sich in Berlin und später auf dem schlesischen Gut Kreisau eine Gruppe oppositionell gesinnter Männer und Frauen aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und mit unterschiedlichem beruflichen, politischen und konfessionellen Hintergrund zusammen. In diesem von der Gestapo genannten Kreisauer Kreis arbeiteten Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, des Adels, des Bürgertums sowie Katholiken und Protestanten eng zusammen. Geistiger Mittelpunkt dieser Gruppe waren Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg. Sie erarbeiteten Grundzüge einer ethischen, politischen und sozialen Grundordnung für die Zeit nach dem Krieg. In Tagungen, Gesprächen und Denkschriften entwarfen sie Zukunftskonzepte, deren programmatischer Rahmen durch das Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft und das des Bürgers zum Staat bestimmt wurde. Der Mensch soll sich, so

die Kreisauer, in seinem Umfeld, den „kleinen Gemeinschaften“, engagieren und sich dabei in seiner Verantwortung für Andere üben. Die Bestimmung des Staates hingegen sei es, Hüter der individuellen Entwicklung und der Freiheit des Menschen zu sein. Damit forderten die Kreisauer das, was wir heute bürgerschaftliche Teilhabe und Zivilgesellschaft nennen.

Auf dieser Grundlage durchdachten sie nicht nur Staatsaufbau, Bildung, Verhältnis von Staat und Kirche, Bestrafung von Kriegsverbrechern, Organisation des wirtschaftlichen Lebens, sondern gingen noch einen für die damalige Zeit radikalen Schritt weiter. In ihrer Abkehr vom hegemonialen Nationalstaat mit seinen Exzessen traten sie konsequent für ein geeintes, demokratisch aufgebautes Europa ein: Ein europäischer Bundesstaat mit gemeinsamer Außen-, Finanz- und Währungspolitik und einer gemeinsamen Armee sollte künftig das Kräfteverhältnis zwischen größeren und kleineren Ländern ausgleichen und möglichen Kriegen Einhalt gebieten. Auch hier ging die entschiedene Haltung gegen Nationalismus mit einer Rückbesinnung auf die im Humanismus und Christentum grundlegenden gemeinsamen Werte einher. Einige Mitglieder des Kreisauer Kreises standen in engerem Kontakt zu anderen Gegnern des nationalsozialistischen Staates. Wegen dieser Verbindungen wurden viele Mitglieder des Kreises nach dem Attentat des 20. Juli 1944 als Mitverschwörer angeklagt und zum Tode verurteilt.

Vor und während des Zweiten Weltkriegs gab es zahllose geplante und teils ausgeführte Anschläge auf das Leben von Adolf Hitler. Höhepunkt aller militärischen Widerstandsversuche war das von Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944 durchgeführte Attentat auf Adolf Hitler. Hierbei ist es aber wichtig zu wissen, dass keinesfalls alle am militärischen und zivilen Widerstand Beteiligte von Anfang an (wie z. B. Ludwig Beck, Carl Friedrich Goerdeler, Hans Oster, Hans von Dohnanyi, Bernd Gisevius, Erwin von Witzleben) den Nationalsozialismus abgelehnt hatten, sondern einige durchaus die „Machtergreifung“ begrüßt, die außenpolitischen Ziele zustimmend verfolgt und innen-

Kreisauer Kreis

Militärische Widerstandsversuche

politisch mit dem neuen autoritären Staat sympathisiert hatten. Für ihren zeitlichen Eintritt in den Widerstand, sicherlich unterschiedlich von Person zu Person – auch ihre jeweilige Position war wichtig –, waren ihre eigenen persönlichen Wahrnehmungen handlungsbestimmend, wie z. B. die Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung, die Erschießung von Juden oder die völkerrechtswidrige Kriegsführung oder auch intensive Gespräche mit zum Widerstand bereits Entschlossenen. Die Bereitschaft zum Tyrannenmord war somit für die meisten Beteiligten Ergebnis eines langen inneren Ringens. Dieses Attentat war kein „Militärputsch“ sondern ein gemeinsam mit zivilen Widerstandskreisen unternommener Versuch, Deutschland von der Diktatur zu befreien und den Krieg sofort zu beenden. Ziel war es, den entsetzlichen nationalsozialistischen Gewalttaten und Verbrechen, nicht zuletzt dem Massenmord an den Juden, ein Ende zu setzen und einen Rechtsstaat zu errichten. Ihre Tat sollte zugleich ein deutliches Zeichen eines „anderen Deutschland“ sein. Im Entwurf der Regierungserklärung, die nach einem erfolgreichen Attentat am 20. Juli 1944 verlesen worden wäre, hieß es u. a.:

1. Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts. [...]; die Konzentrationslager werden aufgelöst, die Unschuldigen entlassen, [...];
2. Wir wollen die Moral wiederherstellen, und zwar auf allen Gebieten des privaten wie des öffentlichen Lebens. [...]; die Judenverfolgung, die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wieder gutzumachenden Formen vollzogen hat, ist sofort eingestellt. [...];
4. Die zerbrochene Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens und der Meinung wird wieder hergestellt. [...].

Die Gegner Hitlers waren sich bewusst und einig, dass die Deutschen sich nach Kriegsende der Verantwortung für das an den Völkern Europas und vor allem an den Juden begangene Unrecht zu stellen hatten. Sie selbst hofften, zu Grundlagen einer neuen europäischen Friedensordnung wie auch zur Versöhnung der Völker Europas beitragen zu können.

Drei Zentren des militärischen Widerstandes waren auszumachen:

Im Mittelpunkt der ersten Gruppe stand Oberst i.G. Henning von Tresckow, Heeresgruppe Mitte, der seit Herbst 1941 Kontakt zu oppositionellen Offizieren hielt, von denen auch einige sich bereit erklärten, Hitler zu töten. So ließen Tresckow und sein Adjutant Fabian von Schlabrendorff am 13. März 1943 eine als Cognacflasche getarnte Zeitbombe im Frachtraum von Hitlers Flugzeug deponieren, das Hitler von Smolensk in sein Hauptquartier Wolfschanze bringen sollte. Das Päckchen vereiste jedoch, so dass der Zündmechanismus versagte. Rudolf von Gersdorff wollte sich am 21. März 1943 bei der Eröffnung einer Ausstellung sowjetischer Beutewaffen zusammen mit Hitler in die Luft sprengen; Hitler aber verließ die Ausstellung bereits nach wenigen Minuten. Gersdorff vermochte noch rechtzeitig die Zeitzünder zu entschärfen. Axel von dem Bussche wollte sich am 16. Dezember 1943 bei der Vorführung neuer Wehrmachtsuniformen mit Hitler in die Luft sprengen. Der Termin wurde aber abgesagt, da die Uniformen bei einem Luftangriff vernichtet worden waren. Am 11. Februar 1944 sollte die Vorführung erneut stattfinden. Dieses Mal erklärte sich nach einer Unterredung mit Stauffenberg der 20 Jahre alte Infanterie-Leutnant Ewald-Heinrich von Kleist zu dem geplanten Selbstmordattentat bereit. Auch dieser Versuch scheiterte, da Hitler den Termin kurz vorher absagte.

In einer zweiten Gruppe des militärischen Widerstandes um Wilhelm Canaris, Hans von Dohnanyi und Hans Oster, alle tätig im Amt Ausland/Abwehr, sammelten sich entschlossene Oppositionelle wie z. B. Dietrich Bonhoeffer, Karl-Ludwig von und zu Guttenberg und Justus Delbrück.

Eine dritte Gruppe bildete sich um Friedrich Olbricht, seit 1940 Chef des Allgemeinen Heeresamtes im Oberkommando des Heeres in Berlin. Olbricht hielt engen Kontakt mit den Widerstandskreisen um Generaloberst Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler und forcierte die Ausarbeitung der Pläne für einen Umsturz, genannt „Operation Walküre“. Er holte dafür systematisch Regimegegner in seinen Stab, vor allem Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Herbst 1943 als Stabschef für das Allgemeine Heeresamt. Dieser bereitete gemeinsam mit Tresckow den Umsturzversuch vor. Während Tresckow an die Ostfront versetzt wurde, hatte Stauffenberg seit Juni 1944 als Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres unmittelbaren Zugang zu den militärischen Lagebesprechungen bei Hitler und beschloss, selbst den Diktator zu töten.



Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim 1942.

Am 20. Juli 1944 flog Stauffenberg mit seinem Adjutanten Werner von Haefen zum „Führerhauptquartier“ Wolfschanze in Rastenburg, dem heute polnischen Ketrzyn, um an der Lagebesprechung mit Hitler teilzunehmen. Diese fand in einer Holzbaracke statt. Stauffenberg, der nach einer schweren Kriegsverletzung seine rechte Hand verloren hatte und nur noch mit drei Fingern der linken Hand hantieren konnte, gelang es, nur einen der beiden Zünder zu aktivieren. Daher verfehlte das von Stauffenberg gezündete Sprengstoffpaket – versteckt in einer Aktentasche in Hitlers Nähe – die gewünschte Wirkung. Zudem beugte sich Hitler zum Zeitpunkt der Explosion über den schweren eichenen Kartentisch, der ihn schützte.

In der Annahme, Hitler sei von der Bombe getötet, verließ Stauffenberg das „Führerhauptquartier“. Der nur leicht verletzte Hitler setzte durch entsprechende Gegenbefehle die „Operation Walküre“ außer Kraft. Nach Stauffenbergs Rückkehr zum Oberkommando des Heeres im Berliner Bendlerblock und dem Scheitern des Umsturzversuches wurden in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli im dortigen Innenhof auf Befehl von Generaloberst Friedrich Fromm Claus Schenk Graf von Stauffenberg und die Mitverschwörer Friedrich Olbricht, Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim sowie Werner von Haefen standrechtlich erschossen. Beck starb nach einem Selbsttötungsversuch im Dienstzimmer Fromms.

Eine sofort von der Gestapo eingesetzte „Sonderkommission 20. Juli 1944“ nahm nach dem Attentat mehr als 600 Personen fest. Die Offiziere unter ihnen wurden aus der Wehrmacht ausgestoßen und in der Regel vor dem Volksgerichtshof unter Präsident Roland Freisler wegen Hoch- und Landesverrats zum Tode verurteilt. Allein im Hinrichtungsschuppen Plötzensee wurden 89 Personen erhängt, die den Wider-

standskreisen des 20. Juli 1944 zuzuordnen waren. Andere begingen Selbstmord oder kamen in der Haft ums Leben. Insgesamt fielen dem Regime etwa 150 Menschen zum Opfer, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Umsturzversuch verfolgt worden waren.

Neben den hier genannten Widerstandskreisen und Einzelpersonen im Widerstand, bekannten und all den unbekanntem Menschen, hat es noch andere Gruppierungen von Regimegegnern gegeben, z. B. den Freiburger Kreis, die Gruppe um Hanno Günther, um Helmuth Hübener, auch Widerstand von Juden, von Sinti und Roma und anderen.

Die Widerständler entstammten den verschiedensten Milieus und vertraten unterschiedliche Weltbilder. So ist es nicht verwunderlich, dass sie zwar in der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus verbunden waren, ihre Vorstellungen für die Gesellschaft nach der NS-Diktatur sich jedoch unterschieden bzw. äußerst vage formuliert blieben. Alle hier beschriebenen Widerstandsgruppen und Einzelpersonen einte jedoch, dass sie bereit waren, für ihre Überzeugungen, die im Widerspruch zur nationalsozialistischen Ideologie und Herrschaftspraxis standen, hohe persönliche Risiken bis hin zum Tod auf sich zu nehmen.



Widerstand und Opposition gegen die SED-Diktatur in der DDR

Ehrhart Neubert

Im Unterschied zum Nationalsozialismus bestand die DDR vierzig Jahre. Dennoch handelte es sich gleichwohl nicht um einen stabilen Staat. Er wurde von der Sowjetunion gestützt und legitimierte sich mit der kommunistischen Vision einer Gesellschaft ohne Widersprüche und Ungerechtigkeiten. Dies faszinierte viele, zumal der Krieg und die Verbrechen der Nationalsozialisten die Menschen nach einem Neuanfang suchen ließen. Aber der Kommunismus konnte seine Versprechen nie erfüllen und griff frühzeitig zur Gewalt mit unzähligen Opfern. Deshalb wehrten sich von Anfang an Menschen gegen die neue Diktatur.

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes im Mai 1945 richteten die Siegermächte Besatzungszonen in Deutschland ein. Der Sowjetunion unter Stalin wurde das damalige Mitteldeutschland zugeschlagen. Berlin wurde in vier Sektoren unter den Haupt Siegermächten aufgeteilt. Damit fiel Stalin, der die Sowjetunion mit einem grausamen und blutigen Terror überzogen hatte, ein Teil Deutschlands in die Hände. Obwohl Stalin versprochen hatte, in der SBZ demokratische Strukturen aufzubauen, etablierte er von Beginn an die Macht der Kommunisten und setzte dabei zunehmend auch terroristische Methoden ein. Die Kommunisten installierten dort nach sowjetischem Vorbild eine Diktatur, unterwarfen das Recht der Politik und begannen einen Umbau der Gesellschaft. Alles, was die kommunistische Herrschaft in Frage stellte, wurde verfolgt und als „faschistisch“ diffamiert.



Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) wurde zwangsweise mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) vereint. Die Christlich-Demokratische Union (CDU) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) wurden als „Blockparteien“ von der SED auf Linie gebracht. Die Wirtschaft wurde Zug um Zug verstaatlicht, die Bauern mussten in Kollektivgenossenschaften eintreten. Die bildungsbürgerlichen Eliten wurden entlassen und durch SED-Funktionäre, sogenannte Kader, ersetzt. Die Kirchen wurden allmählich aus den Schulen und der Öffentlichkeit verdrängt.

*Das sowjetische
Speziallager Sachsenhausen.*

Um diese Ziele durchzusetzen, bauten die sowjetische Besatzungsmacht und die SED einen vielgliedrigen Repressionsapparat auf. Anfangs wurden viele tausend Menschen in sowjetische Lager in der UdSSR verschleppt. Dazu kamen zehn sogenannte Speziallager des sowjetischen Geheimdienstes in der SBZ, davon zwei in ehemaligen Konzentrationslagern der Nationalsozialisten. In ihnen wurden neben teilweise schwer belasteten Nationalsozialisten viele Demokraten inhaftiert, die sich gegen die neue kommunistische Diktatur gewandt hatten. Schätzungsweise 100.000 Insassen kamen in den Lagern zu Tode.

Nach der Gründung der DDR 1949 ging die politische Justiz allmählich auf die SED-Apparate über. Sowjetische Militärgerichte hatten vorher aus politischen Gründen 756 Personen zum Tode verurteilt. Die DDR-Strafjustiz fällte über siebzig Todesurteile. Es wurden weit mehr als 200.000 Menschen aus politischen Gründen zu einer Haftstrafe verurteilt. Von 1949 bis 1989 gab es selten weniger als 30.000 politische Häftlinge. Diese Zahlen unterlagen starken Schwankungen. 1953 befanden sich etwa 60.000, 1955 gut 47.000, 1960 etwa 23.000, 1974 48.000 und 1987 nur gut 5.000 Menschen aus politischen Gründen in Haft. Die geringe Anzahl von 1987 kam aufgrund einer umfassenden Amnestie zustande. Die Gefängnisse wurden aber rasch wieder aufgefüllt. So gab es bis Oktober 1989 wieder 27.000 politische Häftlinge. Um Devisen zur Finanzierung des Staates zu erlangen, verkaufte die DDR bis 1989 an die Bundesrepublik 31.775 Häftlinge für fast 3,4 Milliarden DM.

In den großen Haftanstalten der DDR, u. a. in Bautzen, Brandenburg, Cottbus, Hohen-eck und Berlin-Hohenschönhausen, waren die Gefangenen unmenschlichen Haftbedingungen ausgesetzt. Sie sollten „erzogen“ und ihre eigenständige Persönlichkeit gebrochen werden. Zu diesem Zweck gab es ein ganzes Arsenal physischer und psychischer Folter.

Das Wappen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.



Das schärfste Verfolgungs- und Kontrollinstrument der SED war das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Für das MfS arbeiteten etwa 90.000 hauptamtliche und 175.000 inoffizielle Mitarbeiter, die die Oppositionellen und Widerständler bekämpften. Ziel war es, diese Personen psychisch und sozial zu zermürben, um sie handlungsunfähig zu machen.

Die schweren Eingriffe in die Gesellschaft sowie die absolute politische Dominanz der SED forderten während der 40 Jahre andauernden kommunistischen Herrschaft offene und verdeckte Gegner verschiedenster Art heraus. So gab es den konfrontativen, auf die Beseitigung oder Schwächung des politischen Systems gerichteten Widerstand. Daneben gab es Formen oppositionellen Verhaltens, die auf die Nutzung oder die Erweiterung legaler Spielräume angelegt waren. Dessen politische Inhalte waren vorwiegend reformerisch und zielten auf die schrittweise Demokratisierung des sozialistischen Systems. Und schließlich gab es ein weites Feld von passiver Verweigerung oder partiellem Widerspruch. Diese verschiedenen Formen politischer Gegenwehr waren besonders häufig bei Christen zu finden, die ihre Identität gegen die ideologischen Ansprüche verteidigten. Einige dieser Gegner hatten schon gegen den Nationalsozialismus Widerstand geleistet.

Alle, die sich für eine dieser Formen der Gegnerschaft entschieden, benötigten eine innere ethisch oder religiös gestützte Entschlossenheit und auch Gelegenheiten, um als einzelne wirksam zu werden oder sich mit anderen zusammenzuschließen. Allerdings war ein Großteil der Bevölkerung politisch angepasst, teilweise profitierten sie als Mitglieder der SED oder Mitarbeiter im Partei- und Staatsapparat vom System. Nachhaltig war diese Verbindung allerdings nicht. In der Friedlichen Revolution 1989 streifte ein großer Teil dieser Menschen ihre Anlehnung an die SED mühelos ab.

Generell war die Flucht das häufigste Phänomen der Absage an die politischen Zumutungen. Bis zum Mauerbau und der nahezu vollständigen Abriegelung zum Westen am 13. August 1961 flohen mehr als drei Millionen Menschen. Trotz des Schießbefehls gelang bis 1990 noch einmal etwa einer Million Menschen die Ausreise oder die Flucht aus der DDR. Zur Absicherung der innerdeutschen Grenzgebiete wurden 1952 und 1961 in den ländlichen Grenzkreisen der DDR etwa 12.000 Menschen zwangsweise ins Landesinnere deportiert und dort angesiedelt.

In der Entwicklung des Herrschaftssystems lassen sich sechs Perioden spezifischer organisierter Gegnerschaft ausmachen.

In der ersten Periode, von 1949 bis 1953, bis zum Tode Stalins und dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 bildeten sich zahlreiche Widerstandsgruppen der unterdrückten Parteien, in den Universitäten, unter Bauern und Beamten, die sich gegen die kommunistische Transformation richteten. Nach dem Verlust der politischen Unabhängigkeit der demokratischen Parteien begannen die Westparteien, SPD, CDU, FDP sowie kleinere Parteien und die Gewerkschaften, in West-Berlin Ostbüros einzurichten, die den Widerstand unterstützen sollten. In den Ostbüros arbeiteten auch aus der DDR geflüchtete Parteimitglieder mit. Sie bauten illegale Gruppen in der DDR auf, schleusten Flugblätter und Zeitungen in die DDR, nutzten für ihre Gegenpropaganda westliche Sender und halfen Verfolgten bei der Flucht in den Westen.



Eine der bekanntesten Widerstandsgruppen war die 1948 von Rainer Hildebrandt und Ernst Benda gegründete Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), die von West-Berlin aus den Widerstand in der SBZ/DDR koordinierte. Sie sah sich in der Tradition des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Die Gruppe betrieb eine Gegenpropaganda, klärte über politische und justizielle Verbrechen auf und scheute auch nicht vor Sabotageakten zurück, etwa durch Beschädigung von Verkehrswegen oder durch Fälschung von Briefmarken und Behördenpost. Einige ihrer Mitglieder wurden in der DDR hingerichtet, etwa 1955 der Statistiker Gerhard Benkowitz und der Lehrer Hans-Dietrich Kogel aus Weimar.

Prozess gegen Gerhard Benkowitz von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit am 21. Juni 1955 in Berlin.

Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

Kirchen

Anders als solche Widerstandsgruppen suchten die Kirchen einen Modus, der ihnen das Überleben als Institution ermöglichte. Obwohl einige Bischöfe wie Moritz Mitzenheim in Thüringen, ehemals Pfarrer der Bekennenden Kirche, intensiv an einem guten Verhältnis zum DDR-Staat arbeiteten, blieben die Kirchen ein institutioneller und ideologischer Fremdkörper. Der Berlin-Brandenburgische Bischof Otto Dibelius, ebenfalls ein führender Kopf der Bekennenden Kirche, wurde zum scharfen Kritiker des SED-Staates, dem er jede Rechtsstaatlichkeit absprach. Mitzenheim und Dibelius wurden in den Fünfziger- und Sechzigerjahren zu kirchenpolitischen Gegnern, die den Weg der Kirchen zwischen Anpassung und Widerstehen symbolisierten. Spätere Versuche der Kirchenleitungen, mit der DDR einen Ausgleich zu finden, führten nicht zur Verbesserung der Lage und wurden mit Formelkompromissen verdeckt. Dazu gehörte der Begriff „Kirche im Sozialismus“, der aber von Oppositionellen nicht ernst genommen wurde.

Die kleinere katholische Kirche versuchte sich in der Regel aus politischen Konflikten herauszuhalten. Der katholische Erfurter Bischof Hugo Aufderbeck hatte unter Pseudonym in einer kleinen Schrift, die heimlich im Westen gedruckt worden war, theologisch-ethische Ratschläge für Christen in der militant-atheistischen Umwelt gegeben. Er empfahl ein kluges Schweigen, wo immer es möglich sei. Aber in bestimmten Situationen mussten sich auch die Christen wehren und die Wahrheit tun und sagen. In den kleinen Regionen mit einer katholischen Mehrheit, wie dem Eichsfeld in Thüringen, versuchten die Menschen ihre Identität zu wahren und verweigerten häufig die Unterwerfungsrituale.

Die Kirchenpolitik der SED schwankte zwischen offener Verfolgung und widerwilliger Duldung. Anfang der Fünfzigerjahre wurden in einer Verfolgungswelle einige hundert Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ aus den Oberschulen und Universitäten herausgeworfen. Betroffen waren vor allem diejenigen, die sich gegen die propagandistische Verunglimpfung der „Jungen Gemeinden“ gewehrt hatten und sich weigerten, die Kirche zu verlassen. Zu keiner Zeit konnten sich die Kirchen und die einzelnen Christen auf ein verlässliches Recht stützen.



Bundeskanzler Konrad Adenauer und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof Otto Dibelius, am 20. Februar 1957 in Bonn.

Volksaufstand am 17. Juni 1953

Der unverhüllte Druck und offene Terror der SED löste den Volksaufstand am 17. Juni 1953 aus, den alle Schichten der Bevölkerung mittrugen. In über 700 Orten traten weit mehr als eine Million Menschen in den Streik oder demonstrierten im öffentlichen Raum. Sie erstürmten zahlreiche Gebäude des MfS, Gefängnisse und staatliche Verwaltungszentren. In einigen Städten, wie Bitterfeld und Görlitz, wurden die Stadtregierungen aufgelöst und neue demokratische Strukturen geschaffen. Die SED-Regierung floh in eine sowjetische Kaserne. Der Aufstand wurde aber durch den Einsatz sowjetischer Panzer blutig unterdrückt. Neben zahlreichen Verletzten kamen mindestens 50 Menschen ums Leben. Darunter waren sieben standrechtlich Hingerichtete. Viele tausend Menschen wurden ins Gefängnis geworfen.



Sowjetische Panzer schlagen den Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR nieder.

Nach dem Aufstand, der zunächst eine Resignation in der Bevölkerung auslöste, bildeten sich in einer zweiten Periode, 1953 bis 1961, erneut vereinzelt Oppositionsgruppen. Widerspruch gab es auch in der SED selbst. Unter dem Eindruck einer Entstalinisierung in der Sowjetunion und des antikommunistischen Aufstands 1956 in Ungarn bildeten sich intellektuelle Kreise in der SED, die eine Demokratisierung des Sozialismus erörterten. Zu diesen gehörten etwa Wolfgang Harich und einige Mitarbeiter des „Aufbauverlages“ in Berlin. Sie alle wurden als sogenannte Revisionisten in Schauprozessen mit hohen Gefängnisstrafen belegt. Gegen die verstärkte Ideologisierung wehrten sich auch kirchliche Kreise, wie etwa um den evangelischen Studentenfarrer Georg-Siegfried Schmutzler in Leipzig. Dieser wurde 1957 verhaftet und zu fünf Jahren Haft verurteilt. Er hatte in der Studentengemeinde sogenannte sozialetische Kleinkreise gebildet, die sich zu staatskritischen Foren in der Universität entwickelten.

Die dritte Periode, 1961 bis 1970, wurde durch den Mauerbau am 13. August 1961 eingeleitet. Die SED nahm damit die Mehrheit der in den Grenzen der DDR eingeschlossenen Bevölkerung in eine Art Geiselhaft. Die Grenze kostete bis 1989 etwa 900 Menschen bei Fluchtversuchen das Leben. Trotzdem ließen vom Mauerbau bis zum Machtantritt von Erich Honecker als Erster Sekretär des Zentralkomitees der

SED 1971 die vielfältigen widerständischen Aktionen verschiedener Gruppen nicht nach. Die erste Generation, die in der DDR sozialisiert worden war, versuchte sich teilweise immer stärker der strikten Disziplinierung und Ideologisierung zu entziehen. Jugendliche pflegten eine Subkultur, die sich über die Medien an der westlichen Entwicklung orientierte. So entwickelten sich trotz Verboten zahlreiche Beat-Klubs. 1965 kam es in Leipzig zum sogenannten „Beat-Aufstand“, als hunderte Jugendliche gegen die Restriktionen demonstrierten. Viele von ihnen wurden in Umerziehungslager eingesperrt.

Aber auch Künstler versuchten immer wieder Freiräume zu schaffen. Zu einer wichtigen Figur der offenen Kritik wurde der Liedermacher Wolf Biermann, dessen Texte sich rasch verbreiteten. Aus der SED heraus entwickelte sich der Chemiker Robert Havemann zur zentralen Instanz politischer Kritik. Er hatte als Widerständler im NS-Staat, als Mitglied der Gruppen „Neu-Beginnen“ und „Europäische Union“, zehn Jahre in demselben Gefängnis wie Erich Honecker gesessen. Das verschaffte ihm eine Legitimation, die seine Verfolgung erschwerte.

Die SED ging zum Angriff auf alle ideologischen Abweichungen über. Auf dem sogenannten „Kahlschlagplenum“ des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965 rechnete Ulbricht mit allen Kritikern ab, insbesondere im Bereich der Kultur. Die Zensur wurde verschärft, Filme verboten und Veröffentlichungen von Büchern und Theaterstücken wurden verhindert.

Wolfgang Harich

Georg-Siegfried Schmutzler



Aufruf der Beat-Bewegung zur Demonstration in Leipzig 1965.

Beat-Bewegung

Nach dem Mauerbau, als für junge Leute die Flucht kaum noch möglich war, führte die SED 1962 die allgemeine Wehrpflicht ein. Aber viele tausend junge Männer verweigerten ihren Wehrdienst. Nach zähen Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche sah sich die SED genötigt, 1964 einen waffenlosen Dienst in der „Nationalen Volksarmee“ einzurichten. Die dort dienenden „Bausoldaten“ bildeten bald eigene Kommunikationsstrukturen und wurden zur Keimzelle der späteren kritischen

Friedensbewegung. Auch Verhaftungen schüchterten die Bausoldaten nicht ein. Einer der unbeugsamen Bausoldaten war Bernd Eisenfeld, der 1968 wegen seiner neuerlichen Proteste gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei für Jahre in Haft kam.

Bausoldaten

Die vierte Periode, 1970 bis 1980, umfasst das erste Jahrzehnt der Herrschaft Honeckers. Dieser hatte nach der Übernahme der Macht 1971 zunächst mehr geistige Freiheit versprochen, ging aber sofort wieder zur Repression über, wenn öffentlich Kritik geäußert wurde. Nach außen versuchte die SED sich an der Entspannungspolitik zu beteiligen. Im Inneren verstärkte sich die Abgrenzungspolitik. Eine Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik wurde ausgeschlossen, und die DDR sollte ein sozialistischer Nationalstaat werden. Als Reaktion auf die immer unruhiger werdende DDR-Bevölkerung ließ Honecker das MfS weiter für eine flächendeckende Kontrolle ausbauen. Diese Politik lehnten viele Menschen ab. Als Bundeskanzler Willy Brandt 1970 zu Gesprächen mit der DDR-Führung nach Erfurt kam, skandierten tausende Demonstranten: „Willy Brandt, regier' du unser Land.“

In jenen Jahren entstanden viele neue Zellen der Gegnerschaft in jugendlichen Subkulturen, unter kritischen Studenten, in literarischen und künstlerischen Zirkeln. Da die Entspannungspolitik legale Wege zur Ausreise geschaffen hatte, ging die Absetzbewegung weiter, obwohl die SED versuchte, mit Repressionen die Ausreisewilligen abzuschrecken.

Innerhalb der Kirchen, die zwischen Anpassung und Widerspruch schwankten, wollten immer mehr Menschen die Benachteiligung von Christen nicht mehr hinnehmen. Das deutlichste Signal des Protestes setzte der Pfarrer Oskar Brüsewitz.

Oskar Brüsewitz

Er überraschte die Staatsfunktionäre mit immer neuen Aktionen.

Gegen die Agitprop-Losung „Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein“ stellte er ein Plakat, das er auf dem Pferdewagen nach Zeitz fuhr: „Ohne Regen, ohne Gott geht die ganze Welt bankrott“. Gegen das Plakat „25 Jahre DDR“ stellte er das Plakat „2000 Jahre Kirche Jesu Christi“. Am 18. August 1976 verbrannte er sich selbst öffentlich in Zeitz.

Er stellte dabei ein Plakat auf: „Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an! Wegen Unterdrückung in Schulen, an Kindern und Jugendlichen.“ Brüsewitz hatte nach dem Vorbild des tschechischen Studenten Jan Pallach gehandelt, der sich aus Protest gegen die Niederschlagung des „Pra-

*Pfarrer Oskar Brüsewitz
17 Tage vor seiner Selbst-
verbrennung mit einem
Transparent in Rippicha,
Sachsen-Anhalt.*



ger Frühlings“ in der Tschechoslowakei durch sowjetische Truppen 1969 in Prag selbst verbrannt hatte. Dieses Selbstopfer motivierte viele kirchliche Mitarbeiter zu deutlicher öffentlicher Kritik an der SED.

In den siebziger Jahren entstanden als Reaktion auf die rasant zunehmenden Umweltschäden in der DDR auch die ersten engagierten Umweltkreise, und eine kritische kirchliche Bewegung wuchs heran. Die SED wollte die Folgen ihrer ineffektiven und umweltschädigenden Wirtschaftspolitik verheimlichen. Die neuen Gruppen betrieben eine alternative Öffentlichkeitsarbeit.

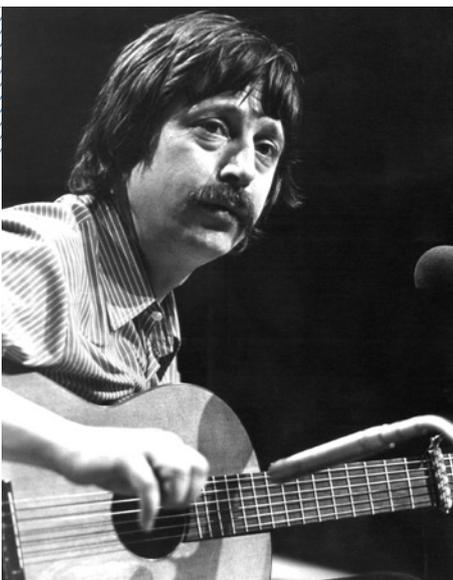
Als Reaktion auf die immer weiter fortschreitende Militarisierung entwickelte sich die kirchliche Friedensbewegung, die zunächst in informellen Kreisen auftrat. Einen Schub bekam die Bewegung, als 1978 die SED einen obligatorischen Wehrkundeunterricht in den Schulen einführte. Den aufflammenden Protest dämmte die SED mit massiven Drohungen gegen protestierende Schüler und Eltern noch einmal ein.

Wenn auch noch nicht gut vernetzt, lagen in jenen Jahren auch die Anfänge der durch den Helsinki-Prozess der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) angeregten Menschenrechtsbewegung. Die DDR hatte zwar auch die KSZE-Schlussakte ratifiziert, hielt sich aber nicht an die Bestimmungen, die die Grundrechte thematisierten. Einer der Protagonisten war der Görlitzer Bischof Hans-Joachim Fränkel, der in scharfer Abgrenzung zum sozialistischen Menschenrechtsverständnis ein „evangelisches Rechtszeugnis“ einforderte, das die unveräußerlichen Menschenrechte zur Grundlage hatte. Fränkel war als junger Pfarrer ein Aktivist der Bekennenden Kirche in Schlesien gewesen.

Umweltkreise

Hans-Joachim Fränkel

Wolf Biermann



Wolf Biermann bei einem Konzert in Köln am 13. November 1976. Der Liedermacher hatte in der DDR Auftrittsverbot.

Gleichzeitig spitzte sich auch der Konflikt zwischen der SED und den marxistischen Dissidenten zu. Der Liedermacher Wolf Biermann, dessen Lieder in den Protestszenen einen Kultstatus hatten, wurde 1976 während einer Tour durch die Bundesrepublik ausgebürgert. Immer wieder hatte er in seinen Liedern die Parteispitze angegriffen und einen besseren Sozialismus herbeigesehnt. So hatte er 1968 die Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus im „Prager Frühling“ besungen:

„Wir atmen wieder, Genossen. Wir lachen die faule Traurigkeit raus aus der Brust. Mensch, wir sind stärker als Ratten und Drachen und hattens vergessen und immer gewusst.“

Zahlreiche Künstler und kirchliche Oppositionelle protestierten gegen Biermanns zwangsweise Ausweisung aus der DDR und wurden deswegen bestraft. In der Folge verließen viele Künstler die DDR und brachten damit die Kulturpolitik der SED nahezu zum Einsturz. Unter den ins westliche Exil

verdrängten Schriftstellern war Reiner Kunze, der in seiner Literatur die Jugend- und Kulturpolitik der SED scharf angegriffen hatte. Einige kritische Schriftsteller wurden ins Gefängnis geworfen und anschließend in den Westen abgeschoben, wie etwa Jürgen Fuchs.

Robert Havemann und Rudolf Bahro

Robert Havemann, der sich von der kommunistischen Ideologie immer weiter entfernte und politische Menschenrechte sowie die Zulassung einer Opposition einklagte, wurde mit jahrelangem Hausarrest belegt. Rudolf Bahro, der 1977 mit seinem Buch „Die Alternative“ das ineffektive politische System der SED in Frage stellte, wurde zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt und später ausgebürgert.

Allmählich konnte die SED trotz aller repressiven Maßnahmen die kritischen jugendlichen Milieus nicht mehr kontrollieren. Die im Sozialismus erzogenen jungen Leute verweigerten sich zunehmend der ideologischen und politischen Unterwerfung. Ein Teil dieser Subkulturen fand sich unter dem Dach der Kirche ein und formierte sich dort als die sogenannte „Offene Arbeit“, die zu einer wichtigen Basis der sich entfaltenden Opposition wurde. Eines der Zentren war Braunsdorf in Thüringen, wo Walter Schilling, dessen Vater einer der wenigen Pfarrer der Bekennenden Kirche in Thüringen gewesen war, mit einem emanzipatorischen Konzept den jungen Leuten eine Alternative zur kommunistischen Disziplinierung anbot.

„Offene Arbeit“

Die fünfte Periode, 1980 bis 1989, kennzeichnet das Entstehen einer legalistisch und reformistisch vorgehenden Opposition. Obwohl die Kirchenleitung diese Entwicklung keinesfalls förderte, wurde die evangelische Kirche zum zentralen Raum gesellschaftlicher Selbstorganisation. Ausgehend von den Massenbewegungen „Schwerter zu Pflugscharen“, dem Kampf um einen „Sozialen Friedensdienst“ und dem „Berliner Appell“ von Havemann und dem Pfarrer Rainer Eppelmann für die Selbstbestimmung der Ostdeutschen, entwickelten sich einige hundert Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen. Diese waren in großen Netzwerken organisiert, unterhielten ein illegales Zeitschriftenwesen, genannt Samisdat, die russische Bezeichnung für „Selbstverlag“, und traten immer wieder mit öffentlichen Protestaktionen in Erscheinung. Diese Gruppen waren überwiegend protestantisch und sozialetisch geprägt und versuchten legale Spielräume auszunutzen und zu erweitern. In den Gruppen arbeiteten auch katholische Christen mit. Ebenfalls gab es auch religiös kaum interessierte Oppositionelle, die den kirchlichen Öffentlichkeitsraum nutzten. Zu den vielfältigen Aktionsformen der Opposition gehörten u. a. öffentliche Protestdemonstrationen, Aufdeckung von gefälschten Umweltdaten und Wahlbetrug sowie das Verbreiten von Flugblättern. In dieser Zeit begannen in vielen Städten die Friedensgebete, die in der Friedlichen Revolution 1989 zu Kulminationszentren des Protests wurden.

Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen

Die SED setzte ihr gesamtes Arsenal zur Unterdrückung dieser Opposition ein: Verhaftungen, Abschiebungen in den Westen, konspirative Zersetzung und Unterwanderung mit Spitzeln sowie viele andere Formen der Verfolgung. In zwei großen Aktionen im November 1987 und im Januar 1988 versuchte die SED mit Hilfe des MfS



der Opposition eine Niederlage beizubringen. Zunächst wurde die Samisdatdruckerei in der Zionskirche in Berlin besetzt und einige ihrer Mitarbeiter verhaftet. Nachdem eine Protestwelle in der DDR anlief, zog die SED ihren Angriff zurück. Im Januar 1988 beteiligten sich Oppositionelle an der jährlich propagandistisch groß aufgezogenen „Kampfdemonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“ in Berlin und führten eigene Plakate mit. Eins zeigte das Luxemburg-Zitat „Der einzige Weg zur Wiedergeburt – breiteste Demokratie“. Daraufhin kam es zu einer Verhaftungswelle. Betroffen waren die Malerin Bärbel Bohley, die Schriftstellerin Freya Klier, der Liedermacher Stephan Krawczyk, Lotte und Wolfgang Templin, Vera Lengsfeld, Werner Fischer und Ralph Hirsch. Alle wurden aus der Haft heraus in die Bundesrepublik abgeschoben.

Dennoch gelang es nicht mehr, diese Opposition zu zerschlagen. Zu den Protagonisten gehörten unter vielen anderen: Die Bibliothekarin Ulrike Poppe und ihr Mann Gerd Poppe, der Pfarrer Rainer Eppelmann in Berlin, der Naturwissenschaftler und Verbindungsmann nach Polen Ludwig Mehlhorn, der Pfarrer und Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg Hans Joachim Tschiche, der Jugendpfarrer Heiko Lietz in Mecklenburg, der Erfinder der Friedensgebete Pfarrer Christoph Wonneberger und der „Vater der Offenen Arbeit“ Walter Schilling in Thüringen.

Ende der
1980er Jahre



*Freya Klier und Stefan Krawczyk 1988
nach ihrer Ausbürgerung aus der DDR.*

Die sechste und letzte Periode war die Friedliche Revolution im Ringen um die Wiedervereinigung. Von September 1989 an formierte sich das oppositionelle Lager in verschiedenen Bürgerbewegungen und Parteien. Das waren die Sozialdemokraten (SDP), der Demokratische Aufbruch (DA), das Neue Forum (NF), Demokratie jetzt (Dj) und Vereinte Linke (VL). Trotz unterschiedlicher politischer Konzepte und Strategien war ihnen das Eintreten für Bürger- und Menschenrechte und den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates gemeinsam.

Friedliche Revolution

Ausgehend von den Friedensgebeten in den Kirchen entfaltete sich eine Demonstrationbewegung auf den Straßen und Plätzen, an denen sich einige Millionen Menschen beteiligten. Die Menschen hatten ihre eigene Sprache wiedergefunden. In den Friedensgebeten beteten sie für Gewaltfreiheit. Sie sangen „Verleih uns Frieden gnädiglich...“. Auf den Straßen riefen sie: „Wir sind das Volk!“ Der SED und ihren hohen Funktionären verschlug es die Sprache, ihre Appelle wurden überhört, ihre Befehlsketten zerrissen. Ihre Versuche, die Bewegung gewaltsam niederzuschlagen, scheiterten. Mehrere Tausend Oppositionelle und Demonstranten, die verhaftet worden waren, mussten freigelassen werden.



Montagsdemonstration in Leipzig am 30. Oktober 1989, bei der die Menschen die Zulassung von Oppositionsparteien, freie Wahlen und unabhängige Medien und Gewerkschaften forderten.

Die Schutzmacht der SED, die Sowjetunion mit ihrem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Michail Gorbatschow, war selbst in eine tiefe Krise geraten. Die Ideologie war ausgebrannt und hatte mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun, die Wirtschaft befand sich im Niedergang, die einst Jahrzehnte unterdrückten Völker in der Sowjetunion und im gesamten Ostblock strebten nach Freiheit. Gorbatschows Rettungsversuche scheiterten kläglich. Die SED in der DDR war angesichts des Aufbegehrens der Ostdeutschen verwirrt und hatte jede Autorität verloren. Ihre ausgehöhlte Macht mit ihren gewaltigen Apparaten brach angesichts der neuen demokratischen Gegenbewegung zusammen.

Unter diesem Druck trat Honecker am 18. Oktober 1989 zurück. Die Opposition setzte einen „Runden Tisch“ durch, der den friedlichen Übergang zu einer demokratischen Organisation des politischen Lebens einleitete. Dazu gehörten die Entmachtung der SED in allen gesellschaftlichen Bereichen und die Auflösung des MfS. Am 18. März 1990 fanden die ersten freien Wahlen in der DDR statt. Das Parlament, die Volkskammer, stellte die politischen Weichen für die Vereinigung mit der Bundesrepublik. Erstmals in der deutschen Geschichte hatte eine demokratische Revolution mit ihrer Vorgeschichte des Widerstandes ihr Ziel erreicht.

Widerstand: Wogegen? Wofür? Was bleibt für heute und für die Zukunft?

Sophie von Bechtolsheim

Warum sollte man sich mit dem Widerstand innerhalb der zwei diktatorischen Systeme Deutschlands im vergangenen Jahrhundert beschäftigen? Was bedeuten uns Meinung, Haltung und Taten dieser Menschen in vergangenen Zeiten? Widerstand bedeutet im wörtlichen Sinn zunächst nichts anderes als ein Entgegenwirken. Es ist ein Begriff, der weder positiv noch negativ besetzt ist. Kurz gesagt: Es ist ein „Dagegen-sein“. Wir beginnen die Qualität von Widerstand erst einzuordnen, wenn wir wissen, wogegen er sich richtet, worin die Gefahr und das Risiko bestehen, und aus welchen Motiven, mit welchen Visionen die Menschen Widerstand leisten. Also mindestens so wichtig wie die Frage „wogegen?“ ist die Frage „wofür?“.

Wogegen? Ideologie, Staatsdoktrin und Staatsfeindschaft

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft stellte einen bis zu diesem Zeitpunkt nicht für möglich gehaltenen Sturz in die Barbarei dar. Dennoch lassen sich viele Abgründe während der beiden deutschen Diktaturen auf ähnliche Nenner bringen: Willkür, Verfolgung, physische und psychische Vernichtung. All dies galt jenen, die zu Staatsfeinden erklärt wurden. Legitimiert wurden die Maßnahmen durch die jeweilige Staatsdoktrin.

Wesensmerkmal aller totalitären Ideologien ist, dass der Mensch zum Objekt degradiert wird. Er hat nur eine Funktion, er darf nur ein Rädchen in einem großen Getriebe sein, das einem übergeordneten Ziel zuarbeitet. Der Mensch hat in einer in Zukunft zu „vollendenden“, idealisierten Gemeinschaft aufzugehen. Diesem Ziel müssen persönliche Freiheiten untergeordnet werden. Die individuelle Person, ihre Einzigartigkeit spielt keine Rolle. Die Menschenwürde wird missachtet, so als existiere sie nicht. Der Mensch muss zu seinem „Glück“, zur Vollendung des ideologischen Konzepts, gezwungen werden. Zum Staatsfeind wird demnach derjenige, der dieser verheißenen Vollendung im Wege steht, entweder bereits durch seine Abstammung und Herkunft oder durch seine ethnische, konfessionelle oder soziale Zugehörigkeit.

Zu Staatsfeinden werden freilich auch diejenigen, die wegen ihrer politischen Überzeugung oder ihres religiösen Bekenntnisses die Verwirklichung des ideologischen Prozesses behindern könnten. „Ach ich kann es nicht mehr sehen, wollt ihr ewig Sklaven sein, lasst uns doch zusammenstehen – uns endlich zu befreien. Gegen alles starre Denken, gegen Bürokratensein, man soll uns nicht immer lenken – Lenker wollen wir selber sein.“ In der Akte des MfS über den jugendlichen Liedermacher Uwe K. sind diese Texte nachzulesen, die der Staat nicht dulden konnte und dem jungen Künstler sechs Jahre Gefängnis einbrachten.

Die Folgen solchen Tuns sind: Aberkennung des Rechts, zur Gemeinschaft zu gehören, Entzug der Freiheitsrechte, Unterdrückung, Verfolgung, Gewalt bis hin zur Vernichtung. Jeder, der unter solchen Bedingungen die Freiheitsrechte einfordert und die bedingungslose Würde des Menschen verteidigt, leistet Widerstand. Ein Aufruf



des berühmten Eisenberger Kreises um Thomas Ammer zeigt, wie in der DDR der Fünfzigjährige junge Widerständler um ihre eigene Identität rangen: „Unsere Tat muss einsetzen, wo wir der Tyrannei in ihrer tiefgreifendsten Auswirkung begegnen. – Es ist klar, dass im Grunde nicht irgendeine Straftat, sondern der Geist als solcher verfolgt wird [...].“

So leistet jeder Widerstand in einer Diktatur, der es wagt, gegen die Staatsdoktrin zu denken, zu sprechen oder gar zu handeln. Das nationalsozialistische Regime konnte nicht dulden, dass Helmuth Hübener und seine Freunde in Flugblättern dazu aufriefen: „Lasst Euch Euren freien Willen, das Kostbarste, das Ihr besitzt, nicht nehmen.“ Der 17 Jahre alte Widerständler wurde 1942 hingerichtet.

Thomas Ammer und der Eisenberger Kreis kritisierten mit Parolen auf Hauswänden, Flugblättern und weiteren Aktionen das Unrechtsregime in der DDR.

Die historische Leistung dieser Menschen ist zeitlos und wertvoll geworden, da wir auch heute erkennen, dass die Beweggründe ihrer Haltung und Handlung für uns relevant und vorbildlich sein können.

Wofür? Menschenwürde, Recht und Freiheit

Die Würde des Menschen ist nicht verhandelbar, sondern unantastbar. Diese Erkenntnis basiert ursprünglich auf religiösen Überzeugungen. Unabhängig von Religion und individuellen Glaubensrichtungen ist die Würde laut Artikel 1 unseres Grundgesetzes dem Menschen aufgrund seiner bloßen Existenz zu eigen und somit unveräußerlich. Daraus ergeben sich unsere Grund- und Freiheitsrechte, wie sie bereits in der Aufklärung formuliert wurden. Sie stehen in freiheitlichen Verfassungen unter dem besonderen Schutz des Staates.

Das 20. Jahrhundert lehrt uns allerdings, dass die Etablierung menschenverachtender Systeme trotz zivilisatorischer Errungenschaften der Aufklärung, trotz moderner Gesellschaftsformen möglich ist. Kurz: Freiheit und Recht, bürgerliche Mitbestimmung und vor allem der Schutz der Menschenwürde sind keine Selbstläufer; sie müssen

verteidigt werden; wir müssen für sie eintreten und wachsam die Bedrohungen erkennen, die sie aushöhlen. Dies gilt für alle, auch für die, die als Bürger einer liberalen Demokratie im Schutz der Gewaltenteilung in friedlichen Zeiten geboren sind.

Was bleibt? Verantwortung, Schuldfähigkeit, Freiheit und Gewissen

Die Beschäftigung mit beiden deutschen Diktaturen wirft zudem existenzielle Aspekte menschlichen Lebens auf. Sie konfrontiert uns mit allen möglichen Facetten menschlichen Handelns, von größter Grausamkeit bis zu selbstloser Aufopferung. Fragen drängen sich auf: Wie kann es sein, dass Menschen unmenschliche Gräueltaten verüben? Aber auch: Woher nehmen Menschen den Mut, sich dem Unrecht zu widersetzen? So hinterlässt uns die Geschichte derer, die sich gegen die diktatorischen Systeme für Würde, Freiheit und Recht des Menschen einsetzten, ein reiches Erbe. Man stößt auf grundsätzliche philosophische, auch religiöse Fragen: Was bedeutet es, ein Mensch zu sein? Wer bin ich, wer möchte ich sein? Was erwarte ich von mir? Was kann ich verantworten vor meinem Gewissen, vor Gott?

Viele Personen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus fühlten sich verantwortlich für das, was in Deutschland seit 1933 geschah. „Jeder Deutsche hat Deutschland zu verantworten, wer es auch sei [...], öffentlich wie daheim. Keiner kann ihn von dieser Verantwortung entbinden.“ So formulierte es der Gewerkschaftler und Sozialdemokrat Hermann Maaß, der nach dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 hingerichtet wurde. Viele wussten um den Umstand, noch größere Schuld auf sich zu laden, wenn sie ihre Möglichkeiten nicht nutzten, um sich für die Wiederherstellung von Menschenwürde, Freiheit und Recht einzusetzen. Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, der Bruder von Claus, sagte: „Das Furchtbarste ist zu wissen, dass es nicht gelingen kann und dass man es dennoch für unser Land und unsere Kinder tun muss“.

Zudem erkannten die Widerständler, dass sie auf die eine wie die andere Weise schuldig werden würden. Gerade die Familiengeschichten vieler Oppositioneller belegen dies: Es gab und gibt Situationen im Leben, in denen Menschen zwischen Übeln entscheiden müssen, in denen es das „absolut Richtige“ nicht gibt. Henning von Tresckow, der einer der herausragenden Köpfe des militärischen Widerstands bereits lange vor dem 20. Juli 1944 war, sagte: „Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessushemd angezogen.“ Hiermit bezog sich Tresckow auf einen Begriff der griechischen Mythologie: Das Nessushemd ist ein Gewand, das seinem Träger Tod und Verderben bringt.

Die Geschichte oppositioneller Bewegungen in totalitären Systemen zeigt auf, dass Menschen trotz Unterdrückung und Bedrohung freie Entscheidungen treffen können

Henning von Tresckow beging nach dem gescheiterten Attentat Selbstmord, um unter der Folter keine Mitverschwörer verraten zu können.



und dieses auf unterschiedliche Weise tun. Der Liedermacher Wolf Biermann formulierte seinen Protest mit Hilfe der Kunst. Die Jenaer Friedensgemeinschaft um Roland Jahn beschrieb es in ihrem Konzept 1982 so: „Frieden ist für uns kein Endziel, sondern Geschehen, lebbar, immer in konkreten Situationen.“

Widerstand gegen Diktaturen ist nicht nur nötig, sondern möglich. Diese Erkenntnis provoziert bis heute. Die Gretchenfrage scheint zu lauten: Wie soll die innere Freiheit zu nutzen sein? Was sind die geringeren Übel, unter denen womöglich meine Mitmenschen zu leiden haben? Dietrich Bonhoeffer, evangelischer Theologe und Mitglied der Bekennenden Kirche hat dieses innere Ringen deutlich gemacht: „[...] wir haben die Künste der Verstellung und der mehrdeutigen Rede gelernt, wir sind durch Erfahrung misstrauisch gegen die Menschen geworden und mussten ihnen die Wahrheit und das freie Wort oft schuldig bleiben, wir sind durch unerträgliche Konflikte mürbe oder vielleicht zynisch geworden – sind wir noch brauchbar?“

Der Maßstab für die Entscheidung kann nur das eigene Gewissen sein. Es scheint, dies zeigen uns die Lebensbilder all jener, die sich gegen die Diktaturen erhoben, ein sehr einsamer, individueller Weg zu sein, den jeder durchlaufen muss. Den religiösen Menschen führt die Erforschung des Gewissens zudem zur Frage: Was erwartet Gott von mir, als welchen Menschen hat er mich erschaffen?

Viele Gegner handelten aus religiöser Motivation. Die Mitglieder der Weißen Rose waren gläubige Christen; Christoph Probst ließ sich am Tag seiner Hinrichtung taufen; Superintendent Reinhard Steinlein aus Finsterwalde schrieb 1958: „Einem System gegenüber, das mit einer bisher nie erlebten Konsequenz seinen Totalitätsanspruch auf die Menschen zu verwirklichen trachtet, kann es im Namen Jesu nur entschlossenen geistlichen Widerstand geben.“ Pfarrer Brüsewitz' Selbstverbrennung ermutigte viele in der Folgezeit zur Kritik am SED-Regime. Die Friedliche Revolution, die zum Ende der DDR führte, wurde von Demonstrationen der Bürger eingeläutet, die wiederum auf die regelmäßigen Friedensgebete in den Kirchen folgten.

Religiöse Praxis ist in einer säkularen Gesellschaft Privatsache. Dennoch ist der Blick auf Artikel 1 des Grundgesetzes notwendig: Die Erfahrungen mit den menschenverachtenden Auswüchsen totalitärer Herrschaft führten zur Erkenntnis, dass „alle staatliche Gewalt“ die „unantastbare“ Würde des Menschen zu achten und zu schützen und sich zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“ zu bekennen hat. Zur Begründung steht in der Präambel: „im Bewusstsein der Verantwortung des Deutschen Volkes vor Gott und den Menschen“. Menschenwürde kann nicht zur Disposition stehen, bleibt unanfechtbar von Zeitgeist, Wertekatalogen und Ideologien jeglicher Färbung. Nach christlichem Verständnis wird sie nicht erst durch die Verfassung festgeschrieben, sondern ist der menschlichen Verfügbarkeit vor- und übergeordnet.

Das Erbe der Männer und Frauen, die sich gegen die Diktaturen erhoben, um die Menschenwürde zu verteidigen, Recht und Freiheit wiederherzustellen, könnte identitätsstiftend sein: Zum einen für die Zivilgesellschaft einer Nation insgesamt, die auf zwei Diktaturen in jüngerer Vergangenheit zurückblickt und aus den gewaltigen Brüchen menschlicher und gesellschaftlicher Art zu lernen hat. Es könnte zudem identitätsstiftend und vorbildlich sein für die Vertreter des öffentlichen Lebens, sei es in

Politik, Verwaltung oder Militär, die immer einem Spannungsfeld ausgesetzt sind: Gehorsam und Auftrag einerseits, innere Freiheit und Gewissen andererseits. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schafft den Rahmen: Art. 20 III GG: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Das Widerstandsrecht folgt in Art 20 IV GG: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Was kann ich tun?

Inwiefern sind die Taten und Gedanken der Gegner der beiden deutschen Diktaturen für uns Bürger heute aktuell, die wir versuchen, den Herausforderungen einer modernen, individualisierten Gesellschaft gerecht zu werden?

Allein der Mut, mit dem die Männer und Frauen den existentiellen Bedrohungen damals begegneten, sollte auch in unserer Zeit zur Zivilcourage ermutigen. Diese befähigt, sich für seinen Nächsten einzusetzen, trotz persönlicher Risiken, und zu handeln, trotz Gefahr.

Die Zivilcourage setzt die Überzeugung voraus, dass dem Nächsten die gleiche Anerkennung und die gleiche Würde zusteht, die ich für mich beanspruche. So wächst nicht nur die Bereitschaft, mich in bestimmten Situationen für die Rechte und die Freiheit meiner Mitmenschen einzusetzen. Diese Bereitschaft basiert zudem auf der Überzeugung, dass wir in jeder Gemeinschaft, ob in Familie, in Gemeinden, in Gesellschaft Verantwortung füreinander tragen sollten. Allein der Begriff Verantwortung beinhaltet „Antwort“, eine Reaktion und einen Widerhall, die jedes Mit-einander erfordert und die wir uns gegenseitig schulden. Ohne Verantwortung funktioniert kein Gemeinwesen. Dieser Verantwortung werden wir nur gerecht, wenn wir aus einer Mischung von Aufmerksamkeit und Fürsorge wahrnehmen, was sich in unserem privaten und gesellschaftlichen Umfeld abspielt.

Eigenverantwortliches Handeln basiert auf unserer Fähigkeit, aus innerer Freiheit entscheiden zu können: Wir sind befähigt, uns mit unserem eigenen Anspruch an Integrität auseinanderzusetzen. So können wir handeln, wie es unserer Haltung entspricht. Konsequenterweise bedeutet dies in Diktaturen, Widerstand gegen Ideologie und Staatsmacht zu leisten. In einer freiheitlichen Demokratie bedeutet dies, sich für den Fortbestand und den Schutz von Recht, Freiheit und der Menschenwürde zu engagieren, sei es ehrenamtlich, sei es beruflich, sei es in Vereinen, in politischen, sozialen oder kirchlichen Gruppierungen. Entscheidend ist, dass wir uns selbst als aktiv Handelnde und nicht als passiv Handlungsunfähige wahrnehmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass politische, soziale oder ökonomische Gesellschaftsmodelle die Menschen erneut zu Objekten, zu Adressaten geschickter Werbestrategien oder dunkler Verschwörungstheorien degradieren.

Wir werden unserer Verantwortung nur gerecht, wenn wir bereit sind, uns persönlich im Rahmen unserer Möglichkeiten für ein friedliches, gerechtes, die Würde unserer Mitmenschen achtendes Zusammenleben einzusetzen. Dazu dürfen wir die Verantwortung und die Schuld an Missständen nicht ausschließlich anderen zuschreiben. Auch der kleine Einsatz, der aus persönlicher Überzeugung gespeist ist und Haltung wie Handlung repräsentiert, entfaltet eine Wirkung nach außen.

Wir werden unserer Verantwortung daher in letzter Konsequenz nur gerecht, und dies ist eine sehr wichtige Lektion aus der Beschäftigung mit der Widerstandsgeschichte, wenn wir bereit sind, bei diesem Einsatz gegebenenfalls auch Nachteile bis hin zu massiven Einbußen in Kauf zu nehmen. Denn auch wenn die lange Phase des Friedens die Illusion erwecken könnte: Demokratie und Freiheit sind nicht von Haus aus garantiert. Die Bürger sind es, wir sind es, die sich für ihren Erhalt einsetzen müssen.

Literaturhinweise

Widerstand und Opposition im Nationalsozialismus

Benz, Wolfgang: Im Widerstand. Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler. München 2018.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Was konnten sie tun? – Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1939–1945. Berlin 2012.

Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat – Der Kampf der Opposition gegen Hitler. München 1985⁴.

Rothfels, Hans: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Krefeld 1949.

Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Berlin 2004.

Tuchel, Johannes/Albert, Julia: Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Informationen zur politischen Bildung 330 (2/2016).

Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa 1933/1939 bis 1945. Berlin/New York 2011.

Widerstand und Opposition in der DDR

Henke, Klaus-Dietmar/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln/Weimar/Wien 1999.

Heydemann, Günther/Mai, Gunter/Müller, Werner (Hg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90. Berlin 1999.

Kowalczyk, Ilko-Sascha/Sello, Tom (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos. Berlin 2006.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009.

Kuhrt, Eberhard/Buck, Hannsjörg F./Holzweißig, Gunter (Hg.): Am Ende des realen Sozialismus (3), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999.

Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin 2000³.

Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

Bildnachweise

Seite 7: © akg-images; dpa

Seite 9: © ullstein bild – Heinrich Hoffmann

Seite 10: © picture-alliance/akg-images

Seite 11: © picture alliance/Mary Evans Picture Library

Seite 12: © Bundesarchiv, R 3017 Bild-03828-006

Seite 13: © picture-alliance/akg-images

Seite 14: © Bundesarchiv, Bild 183-R0211-316/CC-BY-SA 3.0; ullstein bild – Hasucha

Seite 16: © dpa – Bildarchiv

Seite 17: © BPK – Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte/CC-BY-SA 3.0

Seite 19: © ullstein bild – Stiftung 20. Juli 1944

Seite 21: © ullstein bild – Perlia

Seite 22: © SVG-Grafik von Jgaray unter Verwendung der Rasterdesignvorlage von Nickel Chromo nach dem Original-JPG von Wiggy! (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Emblem_Stasi.svg), „Emblem Stasi“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Seite 23: © Bundesarchiv, Bild 183-31253-0004/Junge, Peter Heinz/CC-BY-SA 3.0

Seite 24: © Bundesarchiv, B 145 Bild-F005314-0028/CC-BY-SA 3.0;

Bundesarchiv, B 145, F 0005191-0040/CC-BY-SA

Seite 25: © BStU, BV Leipzig AU 252/66, Bd. 5.

Seite 26: © picture alliance/epd, epd-bild

Seite 27: © dpa – Bildarchiv/Willi Bertram

Seite 29: © ullstein bild – Rieth

Seite 30: © ullstein bild – Christian Günther

Seite 32: © Robert-Havemann-Gesellschaft/Sammlung Thomas Ammer

Seite 33: © Bundesarchiv, Bild 146-1976-130-53/CC-BY-SA 3.0

Die Autorin und die Autoren

Sophie Freifrau von Bechtolsheim, geboren 1968, verheiratet, vier Kinder, Enkelin des Widerstandskämpfers Claus Schenk Graf von Stauffenberg.

Studium der Geschichte und Kommunikationswissenschaft in München und Dresden. Ihre Magisterarbeit behandelte die Rolle der Bekennenden Kirche in Sachsen von 1933 bis 1939. Sie berät als zertifizierte Mediatorin in familiären Konflikten und in Strafsachen. Im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit für die Stiftung 20. Juli 1944 hält sie Vorträge im In- und Ausland. Mit ihrem soeben erschienenen Buch „Stauffenberg – Mein Großvater war kein Attentäter“ wendet sie sich gegen zahlreiche Versuche, ihren Großvater zu vereinnahmen und Stauffenberg auf die Tat am 20. Juli 1944 und den 20. Juli 1944 wiederum auf Stauffenberg zu reduzieren.

Ehrhart Neubert, Dr. phil., geboren 1940, verheiratet mit Hildigund Neubert, geb. Falcke, acht Kinder.

Studium der Theologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; ab 1964 Vikar und Pfarrer in Niedersynderstedt bei Weimar, ab 1973 auch Studentenpfarrer in Weimar. 1984 bis 1996 Referent für Religionssoziologie in der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in Berlin. 1997 bis 2005 Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Seit 1973 Mitarbeit in verschiedenen Oppositionsgruppen. 1989 Mitglied des Initiativkreises zur Gründung des Demokratischen Aufbruch, Dezember 1989 bis Januar 1990 dessen stellvertretender Vorsitzender. Seit 1990 an zahlreichen Aufarbeitungsinitiativen beteiligt. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Sozialstruktur und zu religionssoziologischen sowie sozialethischen Fragen, auch im Samisdat. Nach 1989 Schriften zur Oppositionsgeschichte, u. a.: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 bis 1989. Berlin 1997 (3. Auflage 2001); Macht Ohnmacht Gegenmacht. Bremen 2001; Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte. Bremen 2004; Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989 und 1990. München 2008; Mitherausgeber des Jahrbuchs für historische Kommunismusforschung.

Axel Smend, Dr. jur., geboren 1944, verheiratet, vier Kinder, Sohn des Widerstandskämpfers Günther Smend.

Beschäftigung von 1972 bis 2002 im In- und Ausland zunächst für die Commerzbank AG sodann für die DZ BANK AG als deren Generalbevollmächtigter. 2002 gründete er die „Deutsche Agentur für Aufsichtsräte“, die er 2012 veräußert hat. Seitdem ist er Rechtsanwalt und Of Counsel bei der Luther Rechtsanwalts-gesellschaft mbH Berlin und berät vor allem Familienunternehmen. Ehrenamtlich arbeitet er u. a. seit 2003 für die Stiftung 20. Juli 1944, zunächst als Vorstandsvorsitzender, seit 2009 als deren Kuratoriumsvorsitzender, ferner als Stiftungsrat für die Freya von Moltke-Stiftung. Diese Arbeit wie auch seine Biographie verbinden ihn eng mit dem Thema „Wider-

stand im Nationalsozialismus“. Sein Ziel ist es, das geistige Vermächtnis des gesamten deutschen Widerstandes den nachfolgenden Generationen zu vermitteln. Dieses geschieht durch Eröffnung entsprechender Ausstellungen, Interviews, Textbeiträge und Vorträge; sein Vortrag „Gedanken sind Kräfte – Eine persönliche Annäherung an den Widerstand meines Vaters Günther Smend“ ist 2017 im Wallstein Verlag erschienen.

Ansprechpersonen zum Thema bei der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Klaus Jochen Arnold

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Politischen Bildungsforums Brandenburg

jochen.arnold@kas.de

T +49 331 / 748876-12

Andreas Kleine-Kraneburg

Stellvertretender Leiter Hauptabteilung Politische Bildung und Leiter Bildungsforen

andreas.kleine-kraneburg@kas.de

T +49 30 / 26996-3257

Dr. Judith Michel

Wissenschaftliche Referentin der Abteilung Zeitgeschichte der Hauptabteilung

Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik

judith.michel@kas.de

T +49 30 / 26996-3716

Dr. Oliver Salten

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Schriftgutarchivs der Hauptabteilung

Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik

oliver.salten@kas.de

T +49 2241 / 246-2235

Übersicht der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“

Mit der Reihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ möchte die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung interessierte Bürgerinnen und Bürger über politische Entwicklungen informieren, Orientierungen in Sachfragen geben und das Interesse an politischer Mitwirkung stärken. Die Handreichungen verstehen sich als Grundlageninformationen zur Beteiligung an aktuellen politischen Diskussionen.

In der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ sind bisher erschienen:

Band 1

J. Christian Koecke, Michael Sieben:

Die Christlich-Demokratische Union.

Grundüberzeugungen, Geschichte, Organisation

3., überarbeitete und erweiterte Auflage

Wesseling, Januar 2014

ISBN 978-3-95721-012-8

Band 2

Katrin Grüber:

Zusammen leben ohne Barrieren.

Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte

von Menschen mit Behinderungen in Kommunen

Wesseling, April 2010

ISBN 978-3-941904-18-7

Band 3

Klaus-Jürgen Engeli:

Die energiepolitische Zukunft der Europäischen

Union. Zwei Planspiele zur Arbeitsweise der EU

(Ringbuchordner)

Wesseling, April 2010

Band 4

Andreas Kalina:

erfolgreich.politisch.bilden.

Faktensammlung zum Stand der

Politischen Bildung in Deutschland

2., überarbeitete und erweiterte Auflage

Wesseling, Januar 2014

ISBN 978-3-95721-013-5

Band 5

Melanie Piepenschneider,

Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):

Was bedeutet uns der 20. Juli 1944?

Wesseling/Hannover, März 2011

ISBN 978-3-941904-96-5

Band 6

Melanie Piepenschneider,

Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):

DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur

den Alltag der DDR-Bürger bestimmte. Didaktische

Begleitung zur gleichnamigen Ausstellung

4., überarbeitete Auflage

Sankt Augustin/Potsdam, Januar 2015

ISBN 978-3-95721-077-7

Band 7

Melanie Piepenschneider,

Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):

Was war die Mauer? Die Errichtung der innerdeutschen

Grenzanlagen durch das SED-Regime und ihre Folgen

3., überarbeitete Auflage

Sankt Augustin/Potsdam, Januar 2015

ISBN 978-3-95721-076-0

Band 8

Klaus-Jürgen Engeli:

„Cicero“ – Entscheidungs- und Konferenzplanspiele

zur Staatsschuldenkrise in der EU

Wesseling, April 2012

ISBN 978-3-942775-81-6

Band 9

Annette Wilbert:

*Update Politische Bildung.
Leitfaden für die Seminarpraxis*

Wesseling, Januar 2013
ISBN 978-3-944015-30-9

Band 10

Tanja Segmüller, Angelika Zegelin,
Franz Wagner, Christel Bienstein:

*Menschen würdig pflegen? Das Recht auf
qualifizierte Pflege. Eine Diskussionsschrift*

2., unveränderte Auflage
Sankt Augustin/Berlin, März 2013
ISBN 978-3-944015-36-1

Band 11

Jana Kulhay:

*Die Mediengeneration. Jugendliche,
ihr Medienkonsum und ihre Mediennutzung*

Sankt Augustin/Berlin, Januar 2013
ISBN 978-3-944015-33-0

Band 12

Andreas Jungherr, Harald Schoen:

*Das Internet in Wahlkämpfen.
Konzepte, Wirkungen und Kampagnenfunktionen*

(Vollständige, unveränderte PDF-Ausgabe der
im Springer VS, Wiesbaden 2013, erschienenen
Buchausgabe)

Sankt Augustin/Berlin, Juni 2013
ISBN 978-3-658-01012-6

Band 13

David Jonathan Grunwald:

*Ordnungspolitische Bildung als Bestandteil der
außerschulischen Erwachsenenbildung*

Wesseling/Berlin, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-008-1

Band 14

Maja Eib, Daniel Braun:

*Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge
im ländlichen Raum am Beispiel Thüringens*

Wesseling/Erfurt, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-014-2

Band 15

Manuel Sutter, Serafin von Roon,
Florian Samweber, Kristin Wachinger:

*Netzausbau in Deutschland.
Wozu werden neue Stromnetze benötigt?*

Wesseling/Berlin, September 2014
ISBN 978-3-95721-051-7

Band 16

Tobias Montag, Thomas Recht:

*Den Netzausbau mitgestalten.
Potentiale formeller und informeller Beteiligung*

Wesseling/Berlin, September 2014
ISBN 978-3-95721-052-4

Band 17

Heinrich Blatt:

*Die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung.
Teil 1: 1957–1997*

Wesseling/Berlin, Dezember 2014
ISBN 978-3-95721-068-5

Band 18

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.):

*América Latina – Kontinent der Möglichkeiten.
Jugendcamp der Konrad-Adenauer-Stiftung,
29. Juni – 1. Juli 2014*

Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2014
ISBN 978-3-95721-067-8

Band 19

Karl-Heinz B. van Lier (Hrsg.):

*Handlungsauftrag Demographie.
Fakten – Expertise – Meinungen*

Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2015
ISBN 978-3-95721-142-2

Band 20

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):

*Demografie & Demokratie.
Experten-Positionen zum Einfluss des demo-
grafischen Wandels auf die Demokratie*

Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2015

Band 21

Volker Kronenberg:

Europa vor Ort.

Kommunen, Bürgerschaft, Förderprojekte

Erste Auflage

Sankt Augustin/Berlin, 2016

ISBN 978-3-95721-193-4

Band 22

Maja Eib (Hrsg.), Sarah Duryea, Sina Meissgeier:

Heimat bilden in Thüringen.

Herausforderung, Migration und Integration

Sankt Augustin/Berlin, 2016

ISBN 978-3-95721-234-4

Band 23

Philipp Lerch, Melanie Piepenschneider (Hrsg.),

Markus Klauer:

Einhundert Jahre Schlacht von Verdun.

Deutsch-Französische Wege nach Europa

Sankt Augustin/Berlin, 2017

ISBN 978-3-95721-272-6

Band 24

Volker Kronenberg:

Integration vor Ort.

Herausforderungen, Erfahrungen, Perspektiven

Sankt Augustin/Berlin, 2017

ISBN 978-3-95721-282-5

Band 25

Volker Kronenberg:

Heimat bilden

Herausforderungen, Erfahrungen, Perspektiven

Sankt Augustin/Berlin, 2018

ISBN 978-3-95721-444-7

Band 26

Philipp Lerch, Melanie Piepenschneider (Hrsg.),

Andreas Marchetti:

Städte- und Gemeindepartnerschaften. Strukturen –

Praxis – Zukunft in deutsch-französischer Perspektive

Sankt Augustin/Berlin 2019

ISBN 978-3-95721-483-6

